



# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringergeld 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauschaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 7221  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Carl Legien †.

Berlin, 26. Dez. Reichstagsabgeordneter Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist am Sonntagmorgen gestorben.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist von der politischen Bühne durch den Tod abberufen worden, die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat ihre bisherige Spitze verloren. Der genau dreißig Jahre lang wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Gewerkschaften ausübte, hat das Feld seiner Wirksamkeit verlassen müssen.

Legien hat unbestritten eine Reihe Verdienste um die Arbeiterbewegung, wie jeder, der in ihr tätig ist. Wir können aber nicht sagen, daß sein Tod eine schmerzliche Lücke in ihr hinterlasse. Legien war reiner Gewerkschafter, die politische Arbeiterbewegung war ihm oft mehr als unheimlich. Seine politische Betätigung stand wiederholt in schroffem Gegensatz zu den Anschauungen des übergroßen Teils der alten Sozialdemokratie. Scharfe Auseinandersetzungen über taktische und prinzipielle Fragen waren die Folge.

Seine fast ausschließlich auf das Gegenwartige eingestellte Denkwelt führte ihn während der Kriegszeit zur Politik des Burgfriedens und des Durchhaltens und nach der Revolution zur Politik der Arbeiterselbstverwaltung. So trug auch er gerade durch seine Haltung in den letzten Jahren wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze in der Arbeiterbewegung bei. Und es dünkt uns kein Ruhmesblatt für Carl Legien, wenn jetzt an seiner Bahre klagend die bürgerliche Presse steht.

Obwohl kurz oder lang wäre die deutsche Gewerkschaftsbewegung über die Politik Legiens hinweggeschritten; neue Zeiten erfordern neue Kampfmethoden; auch in den Gewerkschaften marschiert die sozialistische Erkenntnis. Die letzte Vorstandskonferenz, die sich mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft beschäftigte, legte dafür Zeugnis ab.

Carl Legien nahm in der deutschen wie in der internationalen Gewerkschaftsbewegung einen hervorragenden Platz ein. Schon in jungen Jahren hat er sich der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen. In Hamburg wurde er in den 80er Jahren zum Vorsitzenden der Drehschleifer Deutschlands und der Zentraltransitanten der Drehschleifer gewählt. Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften sich in zentrale Verbände umwandelten und eine Konferenz im November 1890 in Berlin die Generalkommission der Gewerkschaften schuf, wurde Carl Legien zu ihrem Vorsitzenden gewählt. In dieser Stelle hat er bis zu seinem Tod gestanden. Jahrelang redigierte er das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, das sich bald zum Zentralorgan der deutschen modernen Gewerkschaftsbewegung entwickelte. Alle deutschen Gewerkschaftskongresse wurden von Carl Legien geleitet. Um 1900 schufen sich die zentralen Gewerkschaftsorganisationen einer Reihe Großstaaten ein ständiges internationales Sekretariat. Es hatte seinen Sitz in Berlin und wurde ebenfalls von Carl Legien geleitet.

Seit 1890 gehörte Legien dem Deutschen Reichstag als Vertreter des 7. Schleswig-Holsteiner Wahlkreises Kiel-Rendsburg an. Im Reichswirtschaftsrat bekleidete er die Stelle des 2. Vorsitzenden.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die nach dem Nürnberg Kongress den Namen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund annahm, hatte Carl Legien starken Einfluss auf die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. In seinen politischen Ansichten stand er immer auf dem äußersten rechten Flügel der Sozialdemokratie; er war der typische Vertreter des Reformsozialismus. Als solcher hatte er einen harten Kampf mit dem radikalen Flügel zu bestehen, besonders mit Plehnecht und Rosa Luxemburg. Namentlich in der Frage der Waffener und des politischen Massenstreiks zeigte sich sein Opportunismus. Es war daher kein Wunder, daß Carl Legien bei Kriegsausbruch begeistert ins Lager der Kreditbewilliger ging und während des ganzen Krieges an der Burgfriedenspolitik festhielt. Ihre Krönung fand diese Politik in der Schaffung der Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, als deren eifrigster Förderer Carl Legien anzuspähen ist.

Der Widerspruch gegen diese Politik wurde in den Reihen der marxistisch geschulten Gewerkschafter immer lebhafter, da sich je länger je mehr zeigte, daß das Unternehmertum dabei am meisten profitierte. Mit Reformen allein geht eben die Welt nicht aus den Angeln zu heben. Carl Legien stemmte sich bis zuletzt gegen eine Umstellung der gewerkschaftlichen Taktik im Sinne des revolutionären Sozialismus. Er hat seinen Traum von der zeitweisen Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit mit ins Grab genommen.

War Legien schon in nationaler Beziehung eine stark umstrittene Person, so nicht minder in internationaler. Mit ihrer bekannten Stumpfsinnigkeit kämpften die russischen Bolschewisten und ihre Nachbeter in den anderen Ländern gegen ihn an. In ihren Augen war Carl Legien nichts anderes als ein Hausvater der Kapitalisten, so er war noch gefährlicher, wie dieser selber.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß dieses Geschrei nichts mit sachlicher Kritik zu tun hat. Carl Legien ist groß geworden im Dienst des Proletariats, für das er gekämpft und gelitten hat. Von manchem seiner Kritiker kann das nicht behauptet werden. Seine tägliche Arbeit hat Legien mit den oft sehr niederkündenden Begebenheiten des Kleinlampens eng zusammengebracht. Auf der anderen Seite war er gewöhnt, sich öfter mit den Vertretern der Regierung und der Unternehmer an den Verhandlungstischen zusammenzusetzen. Vielleicht ist gerade dadurch seine einseitig reformerische Veranlagung mächtig gefördert worden.

Der marxistisch geschulte Gewerkschafter und Sozialist hat Carl Legien nicht immer folgen können, ja, er war gezwungen, ihm oftmals die Gefolgschaft zu verweigern. Er hätte es lieber geliebt, wenn Legien seinen hervorragenden Einfluss in der Gewerkschaftsbewegung im Sinne des revolutionären Sozialismus benutzt hätte. Aber das hindert doch nicht anzuerkennen, daß mit Carl Legien ein hervorragend begabter und ausgeprägter Charakter ins Grab gegangen ist. In der Geschichte der Arbeiterbewegung wird er immer an vorderster Stelle genannt werden.

**Berlin, 27. Dezember.** (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Anlässlich des Hinscheidens Carl Legiens hat der Reichspräsident Ebert folgendes Telegramm an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gerichtet:

Das plötzliche Hinscheiden Carl Legiens, Ihres Vorsitzenden, erfüllt mich mit tiefem Schmerz. Mit Carl Legien sinkt einer der hervorragendsten Männer ins Grab. Was er in mehr als 30-jähriger jährr, tatkräftiger Arbeit für die Gewerkschaften der Arbeiter geschaffen hat, ist unvergängliche Kulturarbeit. Überall in der Welt, wo die unergänzbare Wurzel gelegt haben, wird der Tod Carl Legiens tief beklagt werden. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist der Verlust Legiens ein schwerer Schicksalsschlag. Seien Sie meiner herzlichen Teilnahme versichert.

**Berlin, 27. Dezember.** (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Lokalanzeiger schreibt zum Tode Legiens: Seines Zeichens Drehschleifer stellte er seine Kraft schon fröhlich in den Dienst der Arbeiter-Gewerkschaftsbewegung, deren anerkannter Führer er 1890 als Vorsitzender der Gewerkschaftskommission wurde. Von 1893 bis 1898 und von 1903 bis zu seinem Tode gehörte Legien dem Reichstag als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei an. Ein selbstwählter Vertreter seiner Idee war er, jedoch kein Heißsporn. Stets-Sachlichkeit und maßvolles Auftreten haben ihm allgemeine Achtung auch außerhalb der Reihen seiner Partei eingetragen.

**Berlin, 27. Dezember.** (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt schreibt zum Tode Legiens: Legien hat immer besonderen Wert darauf gelegt, immer die Gewerkschaften parteipolitisch neutral zu halten und sich nicht in eine zu große Abhängigkeit von der Sozialdemokratischen Partei zu begeben. Immer wieder wurde auf zahlreichen Gewerkschaftskongressen, denen er präsierte, über das Verhalten der Gewerkschaften zu den Parteien gestritten. Eine Forderung bedrohten auch die sogenannten Lokalisten, syndikalistische Elemente, das innere Gefüge der Gewerkschaftsorganisation. Aber es gelang Legien und Böhmelt rechtzeitig, 1908 in Nürnberg eine klare Scheidungslinie gegenüber den Lokalisten zu ziehen und sie aus der Gewerkschaftsorganisation auszuschließen. Auf die Sozialdemokratische Partei gewannen die Gewerkschaften durch die Massen, die hinter ihnen standen, durch die großen Gelder, die in diesen Kassen waren und durch die praktische Schulung ihrer Funktionäre einen großen Einfluss im Sinne einer praktischen Gegenwarts politik.

Über seine Tätigkeit im Reichstag sagt das Berliner Tageblatt: Man oft hat er im Plenum nicht das Wort ergriffen. Wenn es der Fall war, wußte er stets durch seine rein sachlichen und taktisch klugen Ausführungen das Interesse des ganzen Hauses auf sich zu konzentrieren. Nach dem Kapp-Putsch, als die Möglichkeit einer Arbeiterregierung ventiliert wurde, trug ihm der Reichspräsident das Reichsamt an. Legien schlug es aber aus, da er die Stunde für die Bildung einer reinen Arbeiterregierung noch nicht als gekommen erachtete. Nicht zuletzt seinem Geschick war es zu verdanken, daß der Kapp-Putsch nicht durch einen allgemeinen Vintputsch abgelöst wurde.

## Aufruf an die Eisenbahner.

Eisenbahner! Beamte und Arbeiter! Nebt Solidarität!

Die Eisenbahner Deutschlands befinden sich in einem schweren Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Es handelt sich für sie um Sein oder Nichtsein! Die Reichsregierung und mit ihr die bürgerlichen Koalitionsparteien im Deutschen Reichstag haben die Eisenbahnbeamtenhaft bei der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage elend im Stich gelassen.

Noch schmählicher handeln dieselben Faktoren an der Eisenbahnarbeiterhaft.

Alle Gewerkschaften der deutschen Eisenbahner haben sich zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen! Gegen diese Phalanx gibt es keinen Widerstand! Trotzdem versucht die Reichsregierung in dem Bewußtsein, daß in diesem Kampfe ihre Existenz auf dem Spiele steht, in dieses Bündnis Verrätre zu schlagen.

Im Reichsverkehrsblatt Nr. 24 veröffentlicht der Reichsverkehrsminister Groener eine Erklärung der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung vom 20. Februar 1920. Diese Erklärung richtet sich gegen das Streikrecht der Beamten, versagt ihnen dieses Recht und bedroht sie mit dem Verlust des Einkommens, Dienstentlassung usw. Diese Drohung des Reichsverkehrsministers bildet eine der schrecklichsten Provokationen, in denen sich die bürgerliche Reichsregierung seit ihrem Bestehen der Eisenbahnerhaft gegenüber sehr häßlich geübt hat.

Noch ist die Zeit nicht gekommen, darauf die einseitige Antwort zu geben. Sie wird aber kommen, wenn die Regierung ihre Vergewaltigungspolitik der Eisenbahnerhaft gegenüber weiter zu treiben versucht.

An die Eisenbahner, Beamten und Arbeiter richten wir in Anbetracht der außerordentlich schweren Verantwortung, welche die Entwicklung der Verhältnisse mit sich bringen kann, den dringenden Appell:

Laßt euch nicht provozieren! Gewärtigt das Rufes eurer Organisation! Tut eure Pflicht und löst eiserne Solidarität! Einer für alle, alle für einen! Bezirksamtsleitung des D. E. B. in Sachsen. Rob. Wirth.

## Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Walter Dehne, Berlin.

Es ist kein dankbares, aber ein um so notwendigeres Beginnen, sich selbst von Zeit zu Zeit einmal gründlich die Wahrheit zu sagen, und so muß denn zur oberhalbigen Frage heute bekannt werden, daß unsere Partei, bis zum halsstarrigen Parteitag behindert durch die innere Krise, veräußert hat, dem Problem der Volksabstimmung — vor allem in Oberschlesien — genügend Sorgfalt zu widmen. Wir haben uns durch die nationalpolitische polnische Propaganda verleiten lassen, die Frage der oberhalbigen Volksabstimmung als eine rein nationale Frage anzusehen, in der wir deshalb die Grundzüge unserer internationalen Weltanschauung den beiderseitigen nationalen Forderungen glauben entgegenstellen zu müssen. Das war eine völlige Verkennung des Problems und die Folgen zeigen sich heute darin, daß es in Oberschlesien eine unabhängige Sozialdemokratische Partei überhaupt nicht mehr gibt. Was nicht am 7. November bei der Vereinigung der Kommunistischen Partei Oberschlesiens, der USP, und der SPD zur einheitlichen kommunistischen Partei Oberschlesiens sich dieser anschloß, dürfte zum großen Teil zu den Rechtssozialisten zurückgekehrt sein, da in der oberhalbigen Arbeiterhaft niemand die Haltung unserer Partei in der Abstimmungsfrage begreift. Wir werden also mühsam in Oberschlesien unsere Partei neu aufbauen müssen. Das aber ist nur möglich mit einer absolut klaren Parole im Abstimmungskampfe.

Es ist selbstverständlich, daß wir weit davon entfernt sind, in das Horn nationalistischer Propaganda zu blasen, wie es von polnischer und alldentscher Seite geschieht. Wir kennen nur ein einziges Kriterium, nach dem wir unsere Stellung in der Abstimmungsfrage orientieren können; das ist: die Entwicklung zum Sozialismus.

Mit großer Leichtfertigkeit werden heute von der Abstimmungspropaganda auf beiden Seiten die kühnsten Behauptungen über die Entwicklung der oberhalbigen Industrie unter polnischer oder unter deutscher Oberhoheit aufgestellt. Alle diese Behauptungen entschören bisher wissenschaftlicher Begründungen. Es scheint mir eine unserer Partei durchaus würdige Aufgabe, ihrerseits dafür Sorge zu tragen, daß dies Problem in wissenschaftlicher und erschöpfender Weise geklärt und behandelt wird. Es ist zwar klar, daß die bisherigen wirtschaftlichen Leistungen der polnischen Regierung die Behauptung rechtfertigen, daß die oberhalbige Industrie sich unter polnischer Oberhoheit weit ungünstiger als unter deutscher entwickeln würde. Da es aber von vornherein klar ist, daß die Entente sich einen hinzuerwerbenden Einfluss auf die Verwaltung der oberhalbigen Industrie im Falle ihrer Zugehörigkeit zu Polen sichern wird, so liegt das Problem wesentlich anders und die Fragestellung heißt: vermag die oberhalbige Industrie sich besser unter deutscher oder unter ententlicher Leitung zu entwickeln? Auf diese Frage gibt es, wie gesagt, zur Zeit noch keine mit auch nur einigermaßen stichhaltigen Gründen belegte Antwort.

Dagegen kann man ohne weiteres die rein sozialistische Frage und die sozialen Probleme beantworten. Die oberhalbige Arbeiterhaft gehört infolge ihrer Zusammensetzung wie ihrer Entwicklung zu den rückständigsten, sozialistisch wie kulturell am wenigsten geschulten Elementen der deutschen Arbeiterhaft. Es herrschen in Oberschlesien stellenweise noch geradezu patriarchalische Zustände im Verhältnis der Arbeiterhaft zu den Grundbesitzern. Die politische unaufgeklärte und haltlose Arbeiterhaft pendelt nun den christlichen Gewerkschaften zu den freien, von diesen zu den Hirsch-Dunderschen, von der Zentrumspartei zur kommunistischen und von dieser zu den Rechtssozialisten. Die Mitgliederhäufigkeit der Gewerkschaften und Parteien geben ein deutliches Bild von diesem dauernden Hin- und Herbewegen. Neben der politischen steht der Arbeiterhaft auch die moralische Festigung, so daß sie sich in Oberschlesien heute des verbrecherischen Gesindels kaum noch erwehren kann. All das sind Momente, die die sozialistische Entwicklung auf das schwerste hemmen und gefährden. In dem Augenblick, in dem nun die oberhalbige Industrie mit ihrer Arbeiterhaft an Polen fällt, werden all diese Gefahren in vielfach vermehrter Weise auftreten. Der Einfluss, den die polnischen sozialistischen Parteien auf die oberhalbige Arbeiterhaft gewinnen können, ist gering, denn ihr politischer Einfluss ist schwach und sie verfügen selbst nur über geringe Kräfte. Vor allem aber ist heute die stärkste polnische sozialistische Partei, die PPS, fast völlig in rein nationalistischen Irrtümern befangen und entbehrt jeder klaren sozialistischen Erkenntnis. Die oberhalbige Arbeiterhaft bedarf dringend sozialistischer Aufklärungsarbeit, die nur von den deutschen sozialistischen Parteien, niemals aber von den polnischen geleistet werden kann. Unter polnischer Oberhoheit wird die oberhalbige Arbeiterhaft in ihrer Entwicklung zur sozialistischen Reihe um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Welcher aufrechte Sozialist also wollte durch Stimmabgabe für

Polen oder auch nur durch Stimmenthaltung dieser dem Sozialismus gefährlichen Entwicklung seine Dienste leisten? Wir sind gewiß in der deutschen Republik nicht im Begriffe, in Einklang mit dem Sozialismus zuzusteuern, aber wir verfügen doch wenigstens über eine Arbeiterkraft, die ein sehr gewichtiges und, wenn sie will, das entscheidende Wort bei allen prinzipiellen politischen Fragen zu sprechen hat. In Polen ist das wesentlich anders. Dort herrschen noch immer unumschränkt die reaktionärsten Mächte und die Arbeiterkraft, vor allem die sozialistische, spielt eine durchaus untergeordnete Rolle.

Dazu kommt, daß auch die materielle Lage der oberösterreichischen Arbeiterkraft sich unter polnischer Herrschaft wesentlich verschlechtern wird. Die oberösterreichische Arbeiterkraft hat heute im Vergleich zu den gewaltigen Gewinnen der oberösterreichischen Industrie noch immer erschreckend niedrige Löhne und sie wird in nicht allzu ferner Zeit einen wichtigen Kampf um eine durchgreifende Neuregelung dieser Löhne führen müssen. Führt sie diese Kämpfe unter polnischer Oberhoheit, so werden die oberösterreichischen Großindustriellen sich nicht scheuen, den gewaltigen Strom der polnischen Arbeitslosen nach Oberösterreich zu leiten und dem Strell der oberösterreichischen Arbeiterkraft durch eine Armee von Arbeitswilligen zu begegnen. Auch diese Gefährdung des Lohnkampfes der oberösterreichischen Arbeiterkraft ist nur möglich, wenn Oberösterreich in Polen fällt.

Diese Erwägungen zeigen, daß jeder ehrliche Sozialist, ganz gleich welcher sozialistischen Partei und welcher Nation er angehört, im sozialistischen Interesse keine Stimme bei der Volksabstimmung nur für Deutschland abgeben kann. Nicht aus nationalistischen, nicht aus nationalen Motiven, sondern allein aus der klaren Erkenntnis heraus dem internationalen Sozialismus dienen zu wollen. Wir verstehen nicht, daß für die polnisch sprechenden Arbeiter Oberösterreichs dadurch ein schwerer Konflikt mit ihrer nationalen Gesinnung entsteht. Wir wären aber schlechte Sozialisten, wenn wir das, was wir von uns und der übrigen Arbeiterkraft der gesamten Welt fordern: den Verzicht auf die nationalen Interessen zugunsten des internationalen Sozialismus, wenn wir diesen Verzicht nicht auch von der polnisch sprechenden Arbeiterkraft fordern.

Die Berliner kommunistische Zentrale hat wie üblich in ihrer Großmännlichkeit und ihrer Phrasenhäuferei versucht, dem Sozialismus einen schweren Schlag zu versetzen, indem sie der kommunistischen Arbeiterkraft Oberösterreichs die Treppensprache der Stimmgabe für Sowjetrußland vorschreiben wollte. Sie hat aber nur erreicht, daß der kommunistische Parteitag in Oberösterreich nunmehr in völliger Hilflosigkeit dem Abstimmungsproblem gegenüberstand und schließlich Stimmenthaltung proklamierte. Eine Parole, die nach Lage der Verhältnisse glücklicherweise niemand Folge leisten wird. Für unsere Partei besteht deshalb gerade im jetzigen Augenblick die Aufgabe, mit einer klaren sozialistischen revolutionären Parole in der oberösterreichischen Abstimmungsfrage hervorzutreten und somit die oberösterreichische Arbeiterkraft, die sich durch kommunistische Phrasen irreleiten ließ, wieder um unsere Fahnen zu sammeln.

### Ein „verkappter Majestätsbeleidigungsprozess“

Der Verfasser der oben erschienenen Buches „Etappe Geni“, der Redakteur Heinrich Wandt, stand vor der Strafkammer des Landgerichts I in Moabit. Er hat in einem seiner Buchkapitel, das die Begünstigung der feindlichen Spionage durch deutsche Offiziere schildert, auch die Persönlichkeit und „kaiserliche“ Tätigkeit eines Prinzen Heinrich von Reuß gliedert, der 1917 eine Zeitlang als Ordonanzoffizier beim Armeekommando 4 in Tiel gewesen sein soll. Dieser Prinz habe, während seine Landeskinde an der Front gebüht hätten, in der sicheren Etappe geschweigt und unter anderem einmal eine Astenmappe, die äußerst wichtige Geheimbefehle des Armeekommandos enthalten hätten, in einer Bordellbar, der sogenannten „Eintra“, am Roter liegen lassen. Er habe dort mit der sogenannten „Roten Tüte“ konsumiert und sei des süßen Weines so voll gewesen, daß er danach das Bordell in wenig maßvoller Haltung verlassen hätte. Die Mädchen der Bar seien aber ehrlich gewesen, sie hätten die Geheimbefehle nur abgeschrieben und ihren Inhalt der breiten Genter Öffentlichkeit mitgeteilt, die Astenmappe selbst aber nach zwei Tagen bei der Etappeninspektion abgeliefert.

Staatsanwaltschaftsrat Gerlach hatte öffentliches Interesse angenommen und gegen den Verfasser wegen Beleidigung durch die Presse — einzelne Auschnitte des Buches sind in der Presse erschienen — geklagt. Prinz Heinrich v. Reuß XXXVII. war als Nebenkläger zugegen, ebenso sein Rechtsanwalt Dr. Danziger. Von der Beleidigung waren der damalige Etappeninspekteur der 4. Armee, General der Kavallerie Wolfgang v. Unger aus Charlottenburg und sein früherer Adjutant, Major Cassehardt vom Rittergut Alexanderdorf bei Spreenberg als Zeugen geladen worden. Beide Herren, die natürlich aus ihrer Haut als alte Offiziere nicht herausgingen, gaben zu, daß solche Dinge, wie sie der Angeklagte in seiner „Etappe Geni“ erzählt hat, auch wirklich zugefallen seien. Im besonderen bestätigte Major Cassehardt eiblich, daß ihm der beschriebene Vorgang in dem Genter Offiziersbordell „Eintra“ wohl bekannt wäre, daß er sich aber des Namens dieses „preussischen Helden“ nicht mehr entsinnen könne.

Der Angeklagte stellte das Erlauchen auf Ladung weiterer Zeugen, unter denen sich unter anderem ein maßgebender Offizier der einflussigen Etappenkommandantur Geni und ferner ein Feldwebel, ein Unteroffizier und die deutsche Besitzerin der erwähnten Bordellbar befanden.

Staatsanwaltschaftsrat Gerlach, der während des Krieges selbst einmal Ortskommandant gewesen war, beantragte am Schluß seiner Ausführungen, nachdem der Prinz unter Eid ausverwahrt worden sei, daß er sich zur fraglichen Zeit nicht in Geni befunden habe, sechs Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Bahm, der Verteidiger des Angeklagten, protestierte zu Beginn seines Plädoyers energisch dagegen, daß der Staatsanwalt Gerlach in diesem Falle ein „öffentliches Interesse“ annehme. Prinz Heinrich von Reuß XXXVII. sei auch nichts weiter als eine Privatperson, wie der Bäcker Schulze oder der Schneider Müller. Er erklärte ferner, daß er in diesem verkappten Majestätsbeleidigungsprozess in erster Linie gezwungen sei, unter Beweis zu stellen, daß die in der „Etappe Geni“ geschilderten Vorgänge sich tatsächlich so abgespielt hätten, wie sie der Verfasser darstellt hätte, nur mit dem Unterschied, daß es sich in Wirklichkeit nicht um den liebesunwürdigen Prinzen Heinrich von Reuß handele. Der Angeklagte sei das Opfer eines Tritts geworden.

Der Angeklagte selbst erklärte, daß er für die Wahrheit seiner Ausführungen in der „Etappe Geni“ nicht nur einzelne, sondern viele Hunderte von Zeugen zur Verfügung habe. Darunter auch aktive Offiziere. Aber er fühle, daß er vor diesem Gericht, dessen einer Richter das Wort „Etappe Geni“ in die Verhandlung geschleudert habe, von einer feindlichen Atmosphäre umgeben sei, das die anderen 152 in der „Etappe Geni“ namentlich angeklagten Offiziere, die nicht gegen ihn geklagt hätten, an ihm rächen wolle.

Das Gericht erklärte, daß es als wahr unterstelle, daß der Angeklagte aus ethischen Gründen und im guten Glauben gehandelt habe, es handle sich aber um eine äußerst schwere Beleidigung, die die Verhängung einer Geldstrafe ausschliesse. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

Der Angeklagte, der gegen das Urteil sofort Revision eingelegt hat, hat gegenüber den Pressevertretern erklärt, daß dieser „verkappte Majestätsbeleidigungsprozess“ vor einem Gericht geführt worden sei, das ihm unwillkürlich an eine Kriegsgerichtssitzung in der „guten alten Zeit“ erinnert habe. Er hat Recht gehabt!

### Der Kessel-Skandal.

#### Die Einstellung des Verfahrens noch nicht rechtskräftig.

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Berlin I teilt mit: Die Einstellung des Verfahrens gegen den Hauptmann v. Kessel ist von der Strafkammer des Landgerichts I gegen den ausdrücklichen Widerspruch der Staatsanwaltschaft erfolgt. Der Beschuldig ist noch nicht rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft hat dagegen Beschwerde eingelegt. Das Kammergericht wird darüber zu entscheiden haben, ob das Amnestiegesetz vom 4. August 1920 auf die dem Hauptmann v. Kessel zur Last gelegten Straftaten Anwendung finden soll.

Warten wir also ab, was die Beschwerde des Staatsanwalts anrichtet, was die Herren vom Kammergericht für Recht befinden werden. Der Beschluß der ersten Instanz wird indes immer seine Bedeutung behalten, einerlei, wie die obere entscheidet.

### Die verfassungstreue Marine.

„Aufscharfste“ wird etwas von „aukändiger Stelle“ zurückgewiesen, was wir hier nach der Wilhelmshavener und der Frankfurter Zeitung über die Zustände in der Marine berichtet haben. Es wird also berichtet:

1. Die Behauptung, daß dem Küstenwehr-Regiment die scharfe Munition abgenommen und diele dem Schiffs-Stamm-Detachement gegeben worden ist, ist unwahr.
2. In den Kasernen am Mühlentweg sind nie drei Ehrhardt-Heime vorhanden gewesen. Ein Schieß, durch das vor einiger Zeit ein Besatzungsmitglied des Ehrhardt-Heim bezeichnet war, wurde auf Anordnung des Kommandeurs entfernt.
3. Sämtliche Truppenteile einschließlich der Offiziere sind vertrieben.
4. Die Unterstellung, daß das Offizierskorps der Reichsmarine gegebenenfalls der verfassungsmäßigen Regierung nicht ungetreulich die Treue halten würde, wird auf das schärfste zurückgewiesen.

Wir sind erschüttert. Also unverbrüchliche Treue werden die alten Ehrhardtianer der verfassungsmäßigen Regierung halten und ihre Offiziere, die beim Kapp-Putsch wegen zweifelhafte Haltung von ihren damaligen Mannschaften festgesetzt wurden, werden sich nicht minder unverbrüchlich erweisen, wenn es wieder einmal so läme. Welche Wendung durch höhere Fügung.

Und nicht drei Ehrhardt-Heime hat es gegeben, sondern nur eins. Die Bezeichnung ist gestrichen — von den die Innenbefehlungen bildenden Patenten und den schwarzweißen Fahnen, von denen der Bericht spricht, meldet die Berichtigung solches nicht. Das sind ja auch nur kleine Neugierigkeiten, die die unverbrüchliche Verfassungstreue, die sogar beedbet ist, nicht berühren.

Neckenbei — wer ist denn die zuständige Stelle? Etwas Herr Gehler? Der schien doch leßthin nicht ganz so gewiß der unverbrüchlichen Treue zu sein, als er im Hauptauschuß des Reichstages die furchtbare Drohung aussprach, daß er einmal selbst nach dem Rechten in der Marine sehen müsse, und wegen so manchem jungen Marineleutnant, der seine unverbrüchliche Verfassungstreue in etwas sonderbarer Weise manifestiert hatte.

### Ein Geschüßlager der Drgech.

Wie aus Bielefeld berichtet wird, wurden in der benachbarten Kreisstadt Wiedenbrück in den Fabrikräumen der Firma Groene vier vollständige Geschüße, Kaliber 7,7 Zentimeter, mit Proben, gefunden und von der städtischen Schutzpolizei sofort beschlagnahmt und nach Bielefeld transportiert. Da die Geschüßrohre den Buchstaben „L.“ tragen, so vermutet man, daß die Geschüße vom Korps Lichtschlag stammen. Munition wurde bisher nicht gefunden, doch werden die Nachforschungen fortgesetzt. Groene selbst gibt an, die Geschüße seien im Frühjahr dieses Jahres von einem Offizier der Reichswehr bei ihm untergebracht worden. Er will des Glaubens gewesen sein, daß die Geschüße auch von der Reichswehr hätten angemeldet werden müssen, und daß er aus diesem Grunde von einer Ablieferung bzw. Anmeldung Abstand genommen habe.

Das Kind, kein Engel ist so rein! Uns will es scheinen, daß der harmlose Fabrikbesitzer, der sich trotz aller öffentlichen Anforderungen zur Waffenablieferung um die in seiner Fabrik lagernden vier kompletten Geschüße nicht kümmert, ebenso — naiv ist, wie der deutsche Minister des Innern, der in seiner letzten Note an die Entente so gutgläubig erzählt, daß die Entwaffnung der „Selbstschuß“-Organisationen — abgesehen von Bayern und Ostpreußen — fast reiflos durchgeführt sei. Hier fand man so ganz zufällig gleich ein ganzes Geschüßlager in einer Fabrik. Wieviel Batterien und Regimente mögen wohl mit den Waffen und den sonstigen Kriegsmaterialien, die so noch versteckt lagern, ausgestattet werden können? So sieht die harmlose „entwaffnete“ Drgech, die nach den Versicherungen des Herrn Dr. Simons auch keinerlei Beziehungen zu militärischen Organisationen hat, in Wirklichkeit aus.

### Drgech in Ostpreußen.

Zu den Meldungen über die Festigung der Drgech in Ostpreußen bringt auch das Königsberger Organ der Kommunisten einen Beitrag. Es berichtet, daß in Ostpreußen 38 Werbestellen bestehen. Die Einwohnerwehr sei laut dokumentarischen Unterlagen militärisch organisiert, sowohl für „innere Unruhen“ wie für „äußere Kämpfe“. Der demokratische Oberpräsident Siegel verteilt die Waffen. Die Organisation stehe in Verbindung mit der bayerischen Einwohnerwehr. Letzter seien ausschließlich Grazen, Rittergutbesitzer und andre Reaktionäre.

Die Pressestelle des Oberpräsidenten läßt durch das Volksliche Bureau zu der Meldung des kommunistischen Blattes eine „Richtigstellung“ verbreiten, nach der von einer ostpreussischen Drgech in keiner Weise gesprochen werden könne. Die Drgech sei in Ostpreußen verboten. Die auf Anordnung des Oberpräsidenten gebildeten Orts- und Grenzwehren hätten mit derartigen Organisationen nichts zu tun. Gegen die Mitglieder der Drgech oder einer sonstigen nicht zulässigen Verbindung, wie sie aus den veröffentlichten Schriftstücken gefolgert werden könnte, werde, soweit sie festgestellt werden könnten, strafrechtlich vorgegangen werden.

Demgegenüber genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Fortschritt der Drgech selbst in Ostpreußen tätig gewesen ist, um bei dem Aufbau der Orts- und Grenzwehren, die mit der Organisation der Drgech angeblich gar nichts zu tun haben, beihilflich zu sein. Der Hinweis auf das Verbot der Drgech in Ostpreußen hat keine Bedeutung. Dieses Verbot hört bekanntlich die Drgech-Leute absolut nicht in ihrer Tätigkeit. Wie sehr übrigens die ostpreussischen „Selbstschuß“-Organisationen von dem Geist der Drgech durchdrungen sind, geht aus der folgenden Meldung aus Königsberg hervor: „Innerhalb der ostpreussischen Orts- und Grenzwehren tritt eine einmütige Bewegung gegen die vom Verband geforderte Entwaffnung und Auflösung der Wehren auf. In zahlreichen Entscheidungen an die Reichsbehörden wird angehts der gefährlichen Lage der Provinz die Auflösung der Wehren entschieden abgelehnt.“

Das ist dieselbe Sprache, die die Ehrliche in Bayern auch führen. Was hat es da für einen Sinn, noch lange darüber zu streiten, ob die ostpreussischen Orts- und Grenzwehren organisiert mit der Drgech verbunden sind oder nicht. Sie sind Fleisch von deren Fleisch und müssen dementsprechend bewertet und bekämpft werden.

### Der Parteitag der französischen Sozialisten.

Tours, 25. Dezember. Heute ist hier der sozialistische Parteitag zusammengetreten. Mit 2898 Stimmen wurde beschlossen, die Tagesordnung so abzuändern, daß an erster Stelle die Frage des Anschlusses an die 3. Internationale behandelt wird. 1228 Stimmen waren für die Beratung der Berichte, da, wie der Deputierte Blum erklärte, man zuerst wissen müsse, was die Partei geleistet habe, ehe man Beschluß darüber fassen könne, welcher Richtung sie sich anschließen wolle.

Paris, 26. Dezember. Nachdem der sozialistische Kongress in Tours sich für die Diskussion über den Anschluß an die 3. Internationale ausgesprochen hatte, wurde auf Antrag des Generalsekretärs der Partei, Trotski, beschlossen, daß sich zuerst die Parteisekretäre der einzelnen Bezirke über die Stimmung in ihren Kreisen auszusprechen sollen. Erst dann wird in die eigentliche Debatte eingetreten werden, und zwar auf der Grundlage der drei Tagesordnungen Cachin, Longuet und Blum. Die Tagesordnung Cachin-Trotski tritt für den Anschluß an Moskau ein, die Tagesordnung Blum lehnt den Anschluß ab, während diejenige Longuets, die man die Tagesordnung der Wiederaufbauer nennt, für eine Internationale eintritt, in die alle sozialistischen Parteien, einschließlich der Anhänger der 3. Internationale, eintreten können.

### Englische Thronrede.

Im englischen Parlament hielt der König Georg eine Thronrede, die wegen ihrer optimistischen Beurteilung der gesamten politischen Situation bemerkenswert ist. Es heißt darin u. a.: Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten waren fortgesetzt freundschaftlich. Auch mit den ehemaligen Feinden sind in beiderseitiger Weise gewisse Angelegenheiten geregelt worden, was zu einer allgemeinen Entspannung der durch den Krieg verursachten Lebensbedingungen geführt hat. Die Lage in Griechenland erfordert die ganze Aufmerksamkeit der Regierung, die in Verbindung mit den Alliierten sich bemühen wird, zu einer annehmbaren Ordnung zu gelangen. Auch in Rußland ist die Lage noch unklar, doch habe ich das Vertrauen, daß durch die demnächstige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland eine Zeit des Friedens eingeleitet wird im Interesse der Völker Europas. Gemäß dem Völkerbundvertrag hat England das Mandat über Mesopotamien, Palästina und über gewisse Gebiete von Ähen, sowie über die deutschen Besitzungen im Südpazifik bis zum Äquator übernommen. Die erste Versammlung des Völkerbundes hat zwei der ehemaligen Feinde als Mitglieder aufgenommen. Es hat sich gezeigt, welche Bedeutung es haben wird, wenn alle Länder dem Völkerbund angehören werden. Der Geist der Einmütigkeit und des guten Willens, der in der Völkerbundvertragsammlung an den Tag gelegt wurde, möge eine Vorbedeutung sein für den Wert des Bundes als verbindende und friedensfördernde Macht. Dann wird in der Thronrede die Notwendigkeit höchster Sparsamkeit betont und die Hoffnung ausgedrückt, daß das irische Volk auf Rückkehr zur verfassungsmäßigen Methode bestehen und daß das demokratische England die Eintracht und Freundschaft zwischen allen Völkern des Vereinten Königreiches herbeiführen wird. Nach der Erklärung, daß die Regierung der Krone der Völker ihre äußerste Aufmerksamkeit widmen werde, befaßt sich die Thronrede schließlich mit der Arbeitslosigkeit, die weniger inneren als äußeren Gründen als dem Mangel der Ausfuhr infolge der Armut der anderen Völker zugeschrieben wird.

### Ernüchterung in Fiume?

Rom, 23. Dezember. Die im Ausland verbreitete Meldung über eine angebliche Besetzung Fiumes ist von Grund aus falsch. Ueber die wirkliche Lage Fiumes liegen folgende Nachrichten vor: Der größte Teil der Bevölkerung hängt an, die Lage nichtern einzuschätzen. Die Fiumaner Sektion der katholischen Volkspartei hat in einer Tagesordnung den Vertrag von Rapallo anerkannt. Wie die Tribuna meldet, haben bereits die besten und meisten Offiziere d'Annunzio verlassen, und auch die, die noch zu ihm stehen, verstehen nicht, daß sie jedem Blutvergießen abgeneigt sind. Ein großer Teil der Legionäre hat übrigens ebenfalls schon Fiume verlassen. Auch Maffeo Pantaleoni, der Sekretär für das Finanzwesen der Regierung des Duarnero, soll die Stadt verlassen haben. — In Dalmatien scheint die Lage unverändert zu sein. Trient, 20. Dezember. (Agenzia Stefani.) Infolge der kürzlichen Zwischenfälle und der drohenden Haltung des Oberbefehls von Fiume wurde auf Anordnung des Generals Cavallia am Freitag die Besetzung vorgeschobener Stellungen um Fiume durchgeführt. Die Legionäre leisteten bewaffneten Widerstand, wobei es unter den regulären Truppen 3 Tote und etwa 30 Verwundete gab.

### Ein russischer Protest an Griechenland.

DA, Moskau, 22. Dezember. Der Volkskommissar des Außenwesens, Tschitscherin, hat an den griechischen Ministerpräsidenten Kallias folgende Note gerichtet: Da die Regierung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik genaue und sichere Nachrichten erhalten hat, daß der Vernichtung der Armee des reaktionären russischen Bürgers Baron Wrangel entkommene Abenteurer offen, insbesondere in den verschiedenen Häfen der griechischen Mittelmeer- und Adriatische Küsten, Mobilien und verschiedene Werkzeuge, u. a. Schiffe, die russische Handelsflotte, die sie bei ihrer Flucht aus der Krim dem russischen Volk, dessen unbestreitbares Eigentum sie sind, gestohlen haben, verkaufen, erachtet es die russische Sowjetrepublik als unabweisbar, daß ein solcher Handel nur mit der Zustimmung der Regierung und des Staates, auf dessen Territorium er ausgeübt wird, möglich ist. Ganz abgesehen von dem Akt der Feindseligkeit, der nämlich unberechtigt ist, welcher durch ein solches Vorgehen begangen wird, fügt jede Regierung, die einen solchen Akt noch nie davor weisener internationalen Raubes unterstützt, Rußland unmittelbaren materiellen Nachteil zu. Wir sehen uns genötigt, in der

erklehen Form Ihre Aufmerksamkeit auf einen Zustand zu lenken, gegen den wir mit der größten Energie protestieren, indem wir Ihnen mitteilen, daß wir dringend Maßnahmen ergreifen wollen, um die Verschleuderung russischen Volksgutes durch Aufständische auf Ihrem Territorium zu verhindern und die schnellste Rückgabe der Schiffe und der Handelsflotte an die russische Sowjetregierung zu veranlassen.

An die bulgarische Regierung hat Tschischerin nach einer Wolff-Meldung einen Funkspruch mit dem gleichen Inhalt gerichtet.

### Lenin gegen die Opposition.

O.E. Aus einer Rede, die Lenin auf der Bezirkskonferenz der kommunistischen Partei in einem Moskauer Fabrikviertel gehalten hat, werden interessante Einzelheiten bekannt. Lenin ging auf die Anarische der Opposition gegen den Bureaucratismus des Sowjetapparats ein. Er erklärte diesen von der Opposition erhobenen Vorwurf für einen leichtfertigen Standpunkt in dieser Frage. „Die Menschewisten und Sozialrevolutionäre — sagte er — wollen aus dieser Frage für sich Kapital schlagen. Sie werfen uns vor, daß wir es nicht verhindern, den Bureaucratismus im Sowjetapparat zu beseitigen. Sie haben jedoch, daß Lenin in diesem oder jenem Buch geschrieben habe, der Bureaucratismus werde unter dem neuen Regime verschwinden. Dies stimmt aber nicht. Lenin hat vielmehr gesagt, daß zur Veränderung der Lage vor allem nötig ist, daß der Arbeiter auf der Suche nach Brot seine Arbeitstätigkeit verleihe und daß die Hunderttausende von Arbeitern die Schule der Arbeiter- und Bauerninspektion durchmachen und lernen den Staat zu regieren. Indessen funktioniert die Arbeiter- und Bauerninspektion erst seit einem Jahre. Wir müssen den notwendigen Apparat haben. Der Bureaucratismus ist zwar auch in den Parteipartei eingedrungen. Dennoch darf man nicht „kritikieren“, sondern mit der Tat kämpfen. Auf die Rede Lenins erwiderte eine Reihe von Rednern, die sich als „Arbeiter“, „kommunistische“ oder einfach als „Opposition“ bezeichneten. Sie trachen vom Bureaucratismus, von dem Entzern der Zwangsmittel, von den Besetzungen und Verschleuderungen der Arbeiter auf Grund von Anordnungen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei. Hierauf erwiderte Lenin in gereizter Form, daß es den Kommunisten nicht anhebe, gegen Handelsgüter an den Maßnahmen des Zentralkomitees zu üben und die Sozialisten mit dem Bourgeois in einen bürgerlichen Topf zu werfen. Er führte eine Reihe von Arbeitern an, die es verstanden hätten, im Einzelnen mit den Fachleuten zu arbeiten. „Es gefehlt diesen — sagte er — die bei der Arbeit nicht ihren Mann gekannt haben.“ Darauf wandte sich gegen Schlawitz o. d. m. der leinertest als Vertreter der Gewerkschaft ins Ausland gereist und aus Schweden ausgewiesen worden war. Er bezeichnete ihn als Vertreter der Opposition, die „Kritikateien auszubreiten trachtete.“ Schlappmuth macht uns zum Vorwurf, daß wir unsere Schuldigkeit der Bauernschaft gegenüber nicht tun, verteidigt aber seine eigene mißglückte Arbeit und stellt seine Kommandierung nach Ardhanakos als Vertheidigung auf Anordnung des Zentralkomitees dar. „Wenn ihr — so schloß Lenin seine Rede — Kritik ohne tatsächliche Grundlagen hört, so seid auf der Hut; hier ist vielleicht nur gekränkte Eigenliebe im Spiel.“

### Die kommunistische Sowjet-Fraktion billigt die Konzessionserteilungen.

Moskau, 23. Dezember. Am 21. Dezember fand im Gewerkschaftshaus eine Sitzung der kommunistischen Fraktion der Delegierten des 8. Nationalkongresses statt. Die Versammlung hörte einen anderthalbstündigen Bericht Lenins über die Konzessionen an. Der Bericht rief lebhafteste Debatten hervor. Losowski, Kalantaj, Bucharin, Sokolnikow und andre beteiligten sich daran. Die Politik der Sowjetmacht in der Konzessionsfrage wurde schließlich einstimmig gutgeheißen.

### Das Stocken der Rigaer Verhandlungen.

In einer halbamtlichen polnischen Rundgebung wird versucht, alle Schuld an der Verzögerung der russisch-polnischen Verhandlungen in Riga den Russen zuzuschreiben. Es wird darin gesagt, so offe meine, Rußlands internationale Lage habe sich gebessert, es brauche infolgedessen die Verpflichtungen Polen gegenüber nicht so genau wie bisher zu erfüllen, und die Heimkehr der polnischen Kriegsgefangenen aus Rußland habe keine Eile, da man sie in Rußland brauchen könne. Am 18. Dezember habe Bogoljewow im Namen der russischen Abordnung die Wiedererhaltung der polnischen Fonds für Wohltätigkeit, öffentlichen Anreiz und dergleichen einfach deswegen verweigert, weil die Sowjetregierung alle Staatspapiere für unzulässig erklärt habe. Infolgedessen stocken die Rigaer Verhandlungen.

### Keine Truppenkonzentrationen an der estnischen Grenze.

Reval, 22. Dezember. Die von der estnischen Presse vielfach verbreiteten Gerüchte über Konzentrationen bolschewistischer Truppen an der Westfront werden von dem estnischen Ministerpräsidenten Bisp dahin demontiert, daß solche Truppenkonzentrationen an der estnischen Grenze nicht stattfinden; Estland drohe keine direkte Gefahr von Sowjetrußland.

### Polen und die Ostseestaaten.

Kopenhagen, 21. Dezember. Wie die Nationalblende aus Helsingfors berichtet, hatte nach dort eingegangenen Meldungen sich Polen der Aufnahme der neuen Ostseestaaten in den Völkerverbund widersetzt. Diese Mitteilung rufe in Helsingfors berechtigtes Aufsehen hervor, weil man allgemein geglaubt habe, daß gerade Polen eine energische Randstaatenpolitik geföhrt habe.

### Aus dem fernen Osten.

Wie aus Moskau gemeldet wird, erklärte der chinesische Minister für auswärtige Angelegenheiten dem Gesandten der Republik des fernen Ostens, daß China beschlossene hätte, mit der Republik zwecks Erneuerung der Handelsbeziehungen in Verhandlungen zu treten. — In Wladivostok begannen am 7. Dezember die Verhandlungen zwischen der Republik des fernen Ostens und Japan. Der französische Gesandte protestierte bei dem chinesischen Minister für auswärtige Angelegenheiten wegen die Unterhandlungen der chinesischen Mission wegen Erneuerung der Handelsbeziehungen mit Rußland.

Rondon, 23. Dezember. Times meldet aus Peking, das diplomatische Korps habe von der chinesischen Regierung eine Erklärung darüber verlangt, was sie zu tun gedente, um die russischen Interessen zu schützen. Dieser Schritt sei deshalb für die Fremden von großer Bedeutung, weil die chinesische Regierung den Versuch mache, sich den ihr durch gewisse Verträge auferlegten Verpflichtungen zu entziehen.

### Hardings „Gesellschaft der Nationen“.

Chicago, 24. Dezember. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Manila in Philo lagte der neu gewählte Präsident Harding, er hoffe in erster Linie auf die Zustimmung Englands, Frankreichs, Japans und Italiens zu seinem Plan einer Gesellschaft der Nationen. Harding lagte ferner, er glaube, daß sorgfältig Bedacht darauf genommen werden müsse, die Möglichkeit eines Offensiv- oder Defensivbündnisses unter diesen fünf Großmächten auszuschalten.

### Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen.

TU. Warschau, 27. Dezember. In Berlin werden augenblicklich Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag geführt, die einen allseitigen Fortgang nehmen. Deutschland wird Lokomotiven, Waggons und Kalf an Polen liefern. Die Gegenleistung betrifft die Liquidation der sequestrierten deutschen Güter in Polen.

### Die Entschädigungsforderung.

Berlin, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das Berliner Tageblatt veröffentlicht ein Telegramm seines Korrespondenten aus Brüssel: Die aus englischen Quellen stammende Schätzung der Wiedergutmachungssumme auf 200 Milliarden Goldmark kann sich nur auf den Gesamtverlust der Alliierten beziehen, keinesfalls aber auf die von ihnen geforderte Entschädigung. Die Schätzungen für diese übersteigen nicht 100 Milliarden.

### Verschiebung der Ministerpräsidentenkonferenz.

Paris, 23. Dezember. Das Reutersche Bureau veröffentlicht eine Note, die im Gegensatz zur Havasagentur feststellt, daß die Zusammenkunft aller vier Ministerpräsidenten am 28. Dezember in Nizza oder Cannes nicht stattfinden wird. Lloyd George beabsichtige zwar, mit Veygues zu verhandeln, könne aber wegen der innerpolitischen Lage, namentlich wegen der Arbeitslosenkrisis in England augenblicklich nicht verlassen. Ein Funkspruch aus Rom bestätigt übrigens, daß die geplante Ministerzusammenkunft bis auf weiteres aufgeschoben sei.

### Fortsetzung der Benizeloschen Außenpolitik durch Griechenland?

TU. Paris, 27. Dezember. Pariser Midi schreibt: Während die Alliierten Griechenland einen Kredit verweigern, soll, wie aus diplomatischen Kreisen verlautet, eine italienische Bank der griechischen Regierung 100 Millionen Drachmen vorstrecken wollen. Der italienische Vertreter in Athen habe eine lange vertrauliche diesbezügliche Unterredung mit Kallias gehabt und es heißt, daß Italien in Griechenland Minen- und andre Konzessionen erreicht haben soll. — Prinz Georg von Griechenland wird am Mittwoch nach Paris abreisen mit der Mission, das Vertrauen der Alliierten zurückzugewinnen. Man will nicht nur Garantien geben, daß Griechenland die Außenpolitik von Benizelos fortsetzen werde, sondern Griechenland werde auch bereit sein, den Alliierten jedwählige Unterstützung zu gewähren.

### Streit um die Abrüstung in der französischen Kammer.

Paris, 24. Dezember. Ministerpräsident Veygues sagte gestern in der Kammer, Deutschland habe Hintergedanken, es führe die Vertragsbestimmungen nicht lokal aus; niemand leugne das, aber trotzdem erfülle Deutschland den Vertrag. Der Ministerpräsident bewies das durch eine Statistik über die zerstörten und abgelieferten Waffen. Deutschland müsse sich später alle Nachforschungen des Völkerbundes gefallen lassen, das habe Tardieu mit Recht betont. Frankreich müsse stark genug sein, um die Ausführung des Friedensvertrages, wenn nötig, zu erzwingen und um jeden Angriffszweck niederzuschlagen. Frankreich müsse die Brückenköpfe am Rhein in 15 Jahren aufgeben, aber nur, wenn der Vertrag von Versailles erfüllt sei. Hier rief André Tardieu dagegen, daß, da der französisch-englische Schutzvertrag auf Grund des letzten Ablasses des Art. 429 nicht habe in Kraft treten können, die Befehung des linken Rheinufers nicht zeitlich begrenzt sei. (Lebhafte Beifall auf allen Bänken.) Veygues sagte: Sie sehen, welche Mittel wir zur Verfügung haben! Schließlich sprach der Ministerpräsident von der moralischen und geistigen Stärke Frankreichs, lehnte aber den beantragten Aufruf ab. Der zurückgetretene Kriegsminister André Lefèvre, unterstützt vom Unterstaatssekretär für Luftschiffahrt, Flaubin, sprach von der umfangreichen Beschaffung von Flugzeugen in Deutschland und Oesterreich. Er behaupte, daß der Ministerpräsident gesagt habe, Frankreich dürfe nicht des Imperialismus beschuldigt werden. Set das Imperialismus, wenn man Esaj und Lothringen wieder zurückverlange und das Mandat in Cilicien ausführe? (Abg. Cadin rief dagegen: Ja! das ist Imperialismus.) Wenn Frankreich für seine Sicherheit Sorge, dann dürften sich Italien und England nicht wundern. England habe auch 800 000 Mann und 180 000 Matrosen unter den Waffen. Frankreich halte die Waage am Rhein, wie die Gallier vor 2000 Jahren. Man dürfe nicht mit dem Schicksal des armen Deutschlands Mitleid haben. (Lebhafte Beifall.) Wenn Deutschland bereit sei, seine Fehler einzugehen, und wenn es die Sicherheit gebe, nicht wieder anzufangen, dann könne man sich leicht mit seiner Erneuerung zufrieden geben. Frankreich müsse genügende militärische Mittel besitzen, um die tschechoslowakische, die polnische und die rumänische Mauer, die den Germanismus verbinde, sich mit dem Bolschewismus zu verbinden, aufrechtzuerhalten. Frankreich verbanne man den Sieg von Warschau. Frankreich trage allein, wie zu Beginn des Krieges, die Kosten der Anstrengungen. Man müsse immer bedenken, daß 60 Millionen Deutsche und 80 Millionen Russen sich gegen den Osten nach Indien und gegen den Westen nach dem Rhein wenden könnten. Im Monat August hätten in Ostpreußen 70 000 Deutsche unter den verschiedensten Bezeichnungen gestanden. Sie hätten Gewehr bei Fuß gestanden, um Polen in der Platte anzugreifen. Nach der Rede des Ministers Lefèvre erklärte der Berichtserstatter der Heereskommission Oberst Fabry, es handle sich darum, zu wissen, welche Politik Frankreich verfolgen wolle. Es könne sich nur um eine Politik des Friedensvertrages mit allen erforderlichen Garantien handeln und nicht darum, den Friedensvertrag mit allen Mitteln abzuändern. Die deutsche Bedrohung sei vor dem Krieg 300 Kilometer von Paris entfernt gewesen, jetzt lege die Linie der Bedrohung zwischen Elbe und Weiser, also 700 Kilometer von Paris entfernt. Im Falle einer deutschen Bedrohung könne Deutschland nicht rasch genug mobilisieren, denn es würde heute mindestens 3—4 Wochen brauchen, um irgend etwas unternehmen zu können.

Paris, 24. Dezember. In der heutigen Kommerz Sitzung erklärte Kriegsminister Lefèvre, er glaube im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lefèvre, daß der Augenblick gekommen sei, die militärischen Forderungen herabzumindern, ohne dadurch die nationale Verteidigung zu schwächen. Lefèvre fügte sein System auf militärische Bedingungen, die schon vor dem Krieg verfaßt gewesen seien. (Beifall von der äußersten Linken bis in die Mitte des Hauses.) Gegenüber Lefèvre, der gegen den Friedensvertrag von Versailles gestimmt habe, weil er ihn nicht für ausreichend halte, sei er der Ansicht, daß der Vertrag, wenn er vorsichtig und strikte angewendet werde, mit der Vervollkommnung durch das Abkommen von Spa vorkauf genüge, um dem Land die Befriedigung zu geben, die es erwarte. Der Kriegsminister verliese jedoch einen Brief, den er an Marschall Foch gerichtet hat, um ihn zu ersuchen, General Rollet Befehungen zu erteilen, damit alle Mithansführungen am Friedensvertrag, die festgesetzt seien, durch Zwangsmittel beantwortet würden, und jeder Verdacht, der in jener Hinsicht bestche, untersucht werde. Marschall Foch, Marschall Petain und die Mitglieder des obersten Kriegsrates bürgten dafür, daß die neue militärische Organisation nicht die nationale Sicherheit in Frage stellen könnte. General Mand Huy erhebt sich bei diesen Worten und ruft in den Saal, die Frage von 100 000 Mann Soldaten mehr oder weniger werde Deutschland nicht in Schach halten. Deutschland habe 1914 die Bevölkerung durch Brandbomben zu terrorisieren versucht. Heute bestehe Frankreich in Deutschland und wenn Deutschland unerlaubte Kriegsmittel anwende, wenn es 10 Häuser in Paris niederbrenne, dann werde man dafür 100 in Frankfurt und 100 in Mainz niederbrennen. (Lebhafte Beifall.) Abg. Tardieu erklärte, Deutschland habe 65 Prozent seiner Gefühle abgeliefert und sei nicht mehr gefährlich. Die Kammer dürfe Deutschland nicht den Eindruck geben, als zweifle sie an den Mitteln, über die Frankreich verfüge. Hierauf ergriff Ministerpräsident Veygues das Wort, um die Alliierten zu verteidigen. Er stellt fest, daß der abgegangene Kriegsminister sie angenommen habe.

### Aufhebung der „politischen Abteilungen“ der russischen Gewerkschaften.

O. E. Ein Moskauer Funkspruch bringt die auffällige Nachricht, daß der Allrussische Zentralgewerkschaftsrat beschlossen hat, binnen kürzester Zeit, nämlich in zwei Wochen, sämtliche politische Abteilungen der Gewerkschaften aufzulösen. Es ist zu bemerken, daß gerade diesen politischen Abteilungen, welche die Aufgabe von Propaganda- und Ueberwachungsorganen ausübten, bisher großer Gewicht beigelegt wurde. Nunmehr wird den Gouvernementsgewerkschaftsräten anbefohlen, in erster Linie die beschleunigte Aufhebung der politischen Abteilungen bei den Verbänden der Eisenbahner und Wassertransportarbeiter zu betreiben. Ferner wird dem Zentralkomitee für Transportwesen eine dreitägige Frist vorgeschlagen, um zu dieser Maßregel Stellung zu nehmen und dem Zentralgewerkschaftsrat mitzuteilen. Es ist noch nicht bekannt, welche Vorgänge diesem plötzlichen Frontwechsel zugrunde liegen. Es hat den Anschein, als wenn unter den Transportarbeitern eine Bewegung im Gange gewesen sei, die diese schnelle Maßregel notwendig gemacht hat.

### Deutschland.

#### Die Forderung des Braunschweiger Herzogs.

Die Forderung des ehemaligen Braunschweiger Landespaters, der bekanntlich Abhandlungen in der Höhe von etwa einer Viertel-Milliarde verlangt, gehen selbst den Monarchisten zu weit. Wie aus Braunschweig gemeldet wird, haben die rechtsstehenden Parteien des Landtags zu der Abfindungsforderung des Welfenhauses eine Erklärung abgegeben, in der sie die Forderung des früheren Herzogs als außerordentlich hoch bezeichnen. Sie verlangen, daß von der juristischen Fakultät irgendeiner Universität ein Gutachten über die Berechtigung der Ansprüche eingeholt werde.

Berurteilung eines französischen Kriegsgefangenen. Laut Havasmeldung aus Amiens hat das Kriegsgericht des Infanterieregiments Jules Parlane, der seit 1915 als Kriegsgefangener in Deutschland weilte und sich trotz wiederholter Aufforderung eines Offiziers der Militärmission weigerte, nach Frankreich zurückzukehren, in Abswesenheit zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Die Milchnot. Die Frankfurter Zeitung schreibt: Die Milchverwertung in Frankreich betrug vor dem Kriege durchschnittlich 30 000 Liter pro Tag. Im Jahre 1918 war sie bereits auf 24 000 Liter zurückgegangen. Bei Beginn der Zwangswirtschaft im Jahre 1917 ging sie auf 15 000, im Frühjahr 1920 — vor dem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche — auf 12 000 bis 15 000 Liter zurück. Jetzt beträgt sie 6000 bis 6500 Liter. Diese Menge reicht nur für einen kleinen Teil der Kranken und Säuglinge bis zu einem Jahre. Vom 2. Lebensjahre an bekommen diese nur Büdensmilch.

Oberlandesgerichtsrat Koeren t. Nach einer Meldung aus Köln ist der der Zentrumsparlei angehörende bekannte frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat a. D. Koeren im Alter von 78 Jahren gestorben.

### Kleine Auslandsnachrichten.

#### Das bolschewistische Gespenst.

Nach einem Telegramm der Nationalblende aus Christiania hat der norwegische Redererverband an die Matrosen- und Helzer-Union anlässlich der Enthüllung über die Einschmuggelung bolschewistischer Literatur nach England ein Schreiben gerichtet, worin in scharfen Worten gefordert wird, daß die Union sich von der Beschuldigung reinigen müsse, daß sie Rußland Dienste erwiesen habe. Wenn die Beschuldigungen sich bestätigten, bedeutete dies einen Bruch des betreffenden Tarifabkommens zwischen den beiden Organisationen. Es wird öffentliche Untersuchung der Angelegenheit gefordert. Die Union behauptet, daß sie von der Einschmuggelung bolschewistischer Schriften nach England keine Kenntnis habe.

#### Das englisch-französische Abkommen über Syrien und Palästina.

Der französische Ministerpräsident Veygues und der englische Botschafter in Paris haben das französisch-englische Abkommen über Syrien und Palästina, sowie über die britische und britische Einflusphäre der angrenzenden Länder unterzeichnet.

#### Die spanischen Wahlen.

Die bis jetzt bekanntesten Wahlergebnisse lassen auf eine schwache Regierungsmehrheit schließen. Die Presse beklagt allgemein die diesmal besonders geringe Wahlbeteiligung.

#### Die Krise in der englischen Textilindustrie.

Die bedeutendsten Spinnereien von Belfast haben ihren Betrieb eingestellt. Es werden wegen Mangels an Belegschaft bis zum 24. Januar geschlossen bleiben. Etwa 30 000 Arbeiter sind durch die Maßnahme betroffen. — Infolge der Stilllegung vieler Baumwollfabriken in Lancashire sind 25 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden.

Ausfuhrungen englischer Arbeitsloser. Wie aus London gemeldet wird, wurde in Norwich anlässlich einer Rundgebung wegen der Arbeitslosigkeit ein Lebensmittelladen geplündert. Die übrigen Läden mußten sofort schließen.

Keine russisch-rumänischen Verhandlungen. Die Nachrichten über angebliche Buletter Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und Rumänien sowie über eine Abtrennung von Südharadrien sind vollkommen aus der Luft gegriffen.

Kein Austritt des griechischen Ministerpräsidenten. Laut Havasmeldung aus Athen hat Ministerpräsident Kallias keine Absicht, wegen der Ablehnung des Erzbischofs durch den Leiter der englischen Marinemission zurückzutreten, auszugeben.

Verabschiedung der Militärdienstzeit in Belgien. Die Kammer hat den Gesetzentwurf über Verabschiedung der Dienstzeit für die Infanterie auf 10 Monate mit 148 gegen 11 Stimmen angenommen.

Das Defizit im amerikanischen Budget. Der Staatssekretär gab in der Finanzkommission des Senates bekannt, daß das Budgetdefizit dieses Jahres 2100 Millionen Dollar und das des nächsten Jahres 1500 Millionen Dollar betragen werde.

Reise Baumwollerte in Amerika. Wie die Chicago Tribune aus Washington berichtet, ist die diesjährige Baumwollerte in Amerika die größte seit 1914. Nach einer Mitteilung des Ackerbauministeriums wird sie auf 12 987 000 Ballen geschätzt.

### Von Nah und Fern.

#### Stetiger Ausbruch eines Vulkans in Japan.

Newyork, 27. Dezember. (TU.) Nach einem Telegramm aus Tokio ist der Ausbruch eines Vulkans auf der Insel Nippon erfolgt. Der von Erdbeben begleitete Ausbruch war einer der heftigsten, welche man je beobachtet hat. Die Wälder sind niedergebrennt, ein Dorf ist vom Lavastrom verschüttet. Die Zahl der Opfer dürfte sehr bedeutend sein.

#### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Müller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchverlagsgesellschaft, Leipzig

Stenografie Scholtzhaus: Das System besteht aus nur 42 Zeichen und kann in 2—6 Stunden theoretisch erlernt werden. Die Leistungsfähigkeit der Stenografie Scholtzhaus ist durch viele Praktiker erwiesen! (Straßburger Post) Stenografische Bibel 3 Mk. (Scholtzhaus Verlag, Postfach 5072, Telefon 43 438, Leipzig.) Unterrichtslehre durch Joh. Uhlig, Dürrenberger Str. 14, II. r.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Stadtvorordnetenfraktion.

Donnerstag, den 30. Dezember: Wichtige Fraktionsitzung im Volkshaus. Beginn pünktlich 6 1/2 Uhr.

Ortsverein Plagwitz-Stubenau-Schleußig. Heute (Montag), abends 1/8 Uhr, im Gambinus, Erdmannstraße 12, Frauen-Diskussionsabend. Das Erscheinen der Genossinnen erwünscht. Der Vorstand.

Noordbezirk. Dienstag, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung im Aldau-Ausshaus.

Ostbezirk. Morgen Dienstag, abends 7 Uhr, im Bibliothekszimmer Vertrauensmännerversammlung. Der Bezirksvertreter.

Südostbezirk. Morgen Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im Gasthof Reureudnitz Funktionärsitzung. Die ländlichen Orte sind besonders eingeladen. Als Ausweis gelten Funktionärkarte und Mitgliedsbuch.

Die Vorzüge.

„Zum Mittagessen haben wir vier Gänge; zum Abendessen drei. Das ist alles. Wir leben von der Luft.“ Die preußische Königin Luise im Jahre 1807.

Sie glauben nicht, wie wir uns einschränken müssen. Die teure Zeit legt uns große Entbehrungen auf. Das Leben ist kaum noch zu ertragen.

Wieviel geben Sie denn für den Haushalt aus? Eine ganz bescheidene Summe. Eintausend Mark.

Für den Monat? Nein, für die Woche!

Sie bezahlen dafür auch die Miete, die Feuerung, den Lohn für das Dienstmädchen?

Wo denken Sie hin! Dann bliebe ja zum Leben kaum etwas übrig. Ueberlegen Sie doch einmal, was für einen Haushalt wir haben.

Ich kenne ihn. Da ist das Dienstmädchen. Was meinen Sie, was heute Diensthöten kosten, was die für Ansprüche an die Ernährung stellen. Dann eine Frau für die Wäsche. Na, diese Frauen sind gar nicht zufriedenzustellen. Sie bekommen jetzt für einen Tag soviel wie früher für die ganze Woche.

Ja, es sind große Ausgaben. Und wie die Weltler will man doch auch nicht leben. Ich muß von jetzt ab 500 Mk. mehr bekommen.

Für den Monat? Nein, für die Woche.

Ich glaube, 500 Mk. beträgt noch lange nicht das wöchentliche Gesamteinkommen einer Arbeiterfamilie.

Arbeiterfamilie! Ich bitte, was für einen Vergleich stellen Sie da an.

Der Gedanke kam mir plötzlich. Ein Vergleich ist absolut unmöglich. Die Arbeiter haben ihre hohen Löhne. Wenn noch die Frau und die Kinder mithelfen, ist ihre Lage glänzend.

Ob sie so glänzend ist? Ich bitte Sie, denken Sie doch einmal nach. Die Arbeiter haben eine kleine Wohnung.

Die Mieten sind aber hoch. Doch lange nicht so hoch als die unstigen. Und dann die Hauptsache: Die Arbeiter brauchen nicht soviel Feuerung. Sie geben nur wenig für Wäsche und Kleidung aus. Eine Arbeiterfrau braucht nicht elegant gekleidet zu gehen. Das ist doch ein bedeutender Vorzug für sie. Sie haben ja keine Ahnung, was uns die Toiletten kosten.

Könnte da nicht gespart werden? Wird ja schon! Man schränkt sich bis aufs äußerste ein. Radend kann man nicht gehen. Und um auf die Arbeiterfrau zurückzukommen, sie hat noch einen weiteren Vorzug; sie braucht keine Diensthöten und hat nicht nötig, die hohen Versicherungsbeiträge für sie zu leisten. Sie besorgt sich selbst die Wäsche, hat keinen Bedarf und spart riesig viel Geld.

Sehr schön! Ich wundere mich nur, daß in manchen Kreisen so wenig Reizung besteht, ebenfalls diese Vorzüge zu genießen. Das Gespräch wurde hierauf sofort schroff abgebrochen.

Gerechtigkeit.

Im politischen Teil unseres Blattes haben am Freitag unsere Leser die Mitteilung gelesen, daß das Verfahren gegen Herrn v. Kessel auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt worden sei. Der Herr war beschuldigt, einen Meineid geleistet zu haben. Und er soll nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden.

Wie gültig doch die bürgerliche Klassenjustiz ist, wenn es sich um gegenrevolutionäre Mörder und Meineidige handelt.

Wenn aber Revolutionäre vor den Schranken des Gerichts erscheinen, stellt es aus einem ganz andern Loch. Man möchte die Gegenüberstellungen machen. Die Klassenjustiz versucht das wankende Gebäude der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu stützen. Die Herren glauben, daß sie dazu berufen seien, daß das ihre „vaterländische Pflicht“ sei und daß sie der Gesellschaft einen nützlichen Dienst leisteten.

Welche Bagatellden heute die Gerichte beschäftigen, die noch aus den Märztagen dieses Jahres stammen und sich natürlich nicht gegen Angehörige des gegenrevolutionären Bürgerturns richten, zeigt folgender Fall:

Am 27. März soll in Leipzig eine Frau einen — Zeitfreiwilligen beleidigt haben. Die Erregung gegen diese Furche war damals groß, denn sie hatten an jenem Freitag mit Maschinengewehren in die wehrlose Menge geschossen, eine Anzahl Arbeiter getötet und einige Tage darauf wehrlose Gefangene fürchterlich mißhandelt.

Selbstverständlich ist nicht einer dieser Schwerverbrecher strafrechtlich verfolgt worden. Im Gegenteil! Das Bürgerturn überhäufte sie mit Lobeshymnen.

Doch es gab Leute, denen darüber das Blut zum Kopf stieg und die sich mit Worten gegen die Helben im Zeitfreiwilligenrod wandten.

In solchen Fällen packte die Justiz schnell zu. Gegen die geringfügigen Vergehen schritt sie energisch ein, und auch jene Frau mußte vor dem Richter erscheinen, der über ihr Verhalten empört war, keine Mitleid walten ließ und auf zehn Tage Gefängnis erkannte. Denn die — „Ghre“ des Zeitfreiwilligen mußte wieder hergestellt werden.

Es wurde gegen das Urteil Berufung eingelegt und im Januar nächsten Jahres soll sich die Berufungskammer mit ihm beschäftigen.

Die angebliche oder auch wirkliche Beleidigung des Zeitfreiwilligen wird also unerschrocken verfolgt. Das Verfahren wegen Meineides gegen einen Angehörigen des gegenrevolutionären Adels wird niedergelegt.

Das nennt sich Gerechtigkeit!! Es sind sicherlich noch mehr Verfahren aus der Märzzeit im Gange, die sich gegen Angehörige der Arbeiterklasse richten.

Wir hatten bis vor einigen Tagen in Sachsen ein rechtssozialistisch-demokratisches Ministerium. Das hat sich nicht veranlaßt gesehen, diese Prozesse aus der Welt zu schaffen.

Wir rechnen aber jetzt mit Bestimmtheit darauf, daß das Veräumdete unerschrocken nachgeholt und daß der Klassenjustiz die Opfer aus dem Arbeiterstande entziffen werden.

Welche Ansprüche verfahren am 31. Dezember 1920?

Seit Ausbruch des vergangenen Weltkrieges sind die Verjährungsfristen für eine Reihe von Ansprüchen vom früheren Bundesrat jedes Jahr um ein weiteres Jahr hinausgeschoben worden. Eine weitere Verlängerung erscheint dieses Jahr ausgeschlossen. Da ist es angebracht, darauf aufmerksam zu machen, welche Forderungen mit dem Schlusse dieses Jahres der Verjährung anheimfallen.

Die erste der genannten Verordnungen erging im Jahre 1914 (Reichsgesetzblatt S. 543). Diese Verordnung hat die in den §§ 196, 197 des Bürgerlichen Gesetzbuches näher bezeichneten Ansprüche der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker, Landwirte, Speditoren (Frachtführer), Schiffer, Gastwirte usw., die für Lieferungen oder Leistungen des täglichen Lebens im Jahre 1912 entstanden sind, im Auge — Lieferung von Waren, Reparaturen usw., ferner die aus derselben Zeit stammenden rückständigen Gehälter, Röhne der Angestellten und Arbeiter usw. — Handelt es sich jedoch um Ansprüche der vorher bezeichneten Personen, die in Warenlieferungen für den Geschäfts- oder Gewerbebetrieb des Schuldners bestehen, oder um Zinsen und andre ständig wiederkehrende Leistungen (wie Unterhaltungsbeiträge, Pacht- und Mietzahlungen), so kommen die Rückstände aus dem Jahre 1910 in Frage. Alle diese Ansprüche wurden dann später wieder jedes Jahr, das letztmal am 26. November 1919 (Reichsgesetzblatt, S. 1918) bis zum 31. Dezember 1920 verlängert.

Daraus ergibt sich folgende Rechtslage: Alle Ansprüche des täglichen Lebens, die seit den Jahren 1912 bis 1918 geschuldet werden, verjähren mit dem Ablauf des 31. Dezember 1920. Am 1. Januar 1921 kann man sie gerichtlich nicht mehr geltend machen, weil vom Schuldner der Verjährungseinwand erfolgen kann, was die kostenpflichtige Abweisung des Anspruchs zur Folge hat. Dasselbe gilt für solche Ansprüche, die als Schulden für den Geschäfts- oder Gewerbebetrieb des Schuldners, oder für Zinsen oder wiederkehrende Leistungen in den Jahren 1910 bis 1918 entstanden sind.

Wer die Verjährung unterbrechen will, muß unverzüglich seinen Anspruch gerichtlich geltend machen. Das einfachste und billigste Mittel ist die Erwirkung eines Zahlungsbefehls. Wird dieser bis zum 31. Dezember noch rechtzeitig gestellt, so ist damit die Verjährung unterbrochen. Erhebt der Schuldner wirklich Widerspruch, so hat das darauf keinen Einfluß. Denn die Klagerhebung kann hinterher, ohne daß es hierzu der Eile bedarf, immer noch rechtzeitig erfolgen, und zwar ohne Mehrkosten, da ja die Kosten des Zahlungsbefehls dem Klagerverfahren gutgeschrieben werden. Man warte aber mit der Geltendmachung seines Anspruchs nicht bis zum letzten Augenblick, denn gerade dieses Jahr steht zu erwarten, daß die Gerichte mit solchen Zahlungsbefehlen überhäuft werden! Hier ist Eile solchen Zahlungsbegehren selbst verantwortlich ist.

Teuerungszulage für ehemalige Militärpersonen und deren Hinterbliebene. Das M.W. teilt mit: Rückblick darauf, daß den auf Grund der Militärversorgungsgesetze zum Empfang von Versorgungsgehalt berechtigten Militärpersonen der Unterklasse und deren Hinterbliebenen am 1. Mai 1920 eine Teuerungszulage von 30 oder 40 Prozent ihrer Zuwendungen zuerkannt worden ist, hat der Herr Reichspräsident genehmigt, daß auch den Unterstufungsanwärtern des Mannschafstandes des Heeres, der Marine und der Schutztruppen aus Kapitel XV, 2, Titel 1 des Reichshaushalts, soweit die Unterstufungen an Stelle geschäftlich nicht zuständiger Mannschaf-Bevorzugungsgehalt bewilligt worden sind, sowie den aus demselben Fonds unterstützten Hinterbliebenen solcher Personen eine vom 1. Mai 1920 ab bis auf weiteres zahlbare Teuerungszulage bewilligt wird, und zwar in Höhe von 30 Prozent der ihnen gewährten Unterstufungen für die ehemaligen Militärpersonen und von 40 Prozent für die Hinterbliebenen. Es handelt sich dabei um die aus dem früheren Kaiserlichen Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse gezahlten Unterstufungen.

Die erhöhten Beträge werden den betreffenden Personen ohne weiteres so bald als möglich ohne besonderen Antrag gezahlt werden.

Erhöhung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Vom 20. Dezember 1920 ab ist eine Erhöhung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in Kraft getreten, und zwar um das Doppelte ihrer bisherigen Höhe.

Es künden demnach:

Table with 2 columns: für Klasse, I = 1.80 Mk., II = 2.00, III = 2.20, IV = 2.40, V = 2.60

wöchentliche Beiträge in Frage. Die amtlichen Bekanntmachungen und Ausführungsbestimmungen hierzu sind für die nächsten Tage zu erwarten.

Ausgabe neuer Reichsbanknoten zu 100, 50 und 10 Mk. In der nächsten Zeit werden neue Reichsbanknoten zu 100, 50 und 10 Mark ausgegeben werden. Die Ausgabe der Kupferdrucknote zu 50 Mk. war bereits für das Jahr 1916 geplant und vorbereitet, konnte jedoch wegen der Kriegsverhältnisse nicht bewirkt werden. Die Notwendigkeit, im Interesse der Sicherung des Papiergeldumsatzes schleunigst eine Kupferdrucknote herzustellen, führte dazu, die Note mit geringen, durch die Zeitverhältnisse bedingten Änderungen nunmehr zur Ausgabe zu bringen. Die Entwürfe zu den Buchdrucknoten zu 100 und 10 Mk. sind neueren Datums.

Brot marktfrei? Vielfach besteht die Meinung, daß vom Januar kommenden Jahres an Brot ohne Marken verkauft und entnommen werden könne. Bereits jetzt ist schon Brot ohne Marken bezw. auf noch nicht gültige Marken abgegeben worden. Vom Gewerbeamt wird daher ausdrücklich darauf hingewiesen, daß an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Mehl und Brot nicht gedacht werden kann, demzufolge auch künftig Brot nur gegen Marken, die zur Zeit Gültigkeit haben, abgegeben werden darf. Bei Zuwiderhandlungen erfolgt Bestrafung.

Ueber den Begriff „Dauerwurst“, deren Herstellung bekanntlich verboten ist, bestehen vielfach irrthümliche Auffassungen. Vom Gewerbeamt wird darauf hingewiesen, daß unter der Bezeichnung „Dauerwurst“ eine Wurst zu verstehen ist, die aus Fleisch, einschließliche Fett und Speck, ferner aus Salz und Gewürz, ohne jeden andern Zusatz, vor allem ohne jeden Zusatz von Wasser oder Kesselfrühe hergestellt ist, und durch Erhitzen auf 70 Grad Celsius oder darüber behandelt wird, daß die Haltbarkeit der Wurst auf länger als 4 Wochen sichergestellt ist.

Die Silbermünzen werden mit dem 1. Januar n. J. außer Kurs gesetzt. Die Reichs- und Landesbanken nehmen sie nur noch bis zu diesem Tage zu ihrem gesetzlichen Wert in Zahlung. Sie dürfen später auch nicht mehr gegen Reichsbanknoten, Reichsflüssen und Darlehensflüssen umgetauscht werden. Viel präzisieren Wert dürfte diese amtliche Erinnerung nicht haben, da der Metallwert dieser Münzen weit größer ist als der Nennwert der heutigen Papiermark.

Folgen der Profitlust. Für die durch das Wohnungsbauamt in L-Mosau errichtete Wohnungsbauverwaltung war landwirthschaftlich der schönste Schmutz eine Pappellasse. Sie stand entlang der Parthenwiesen, welche der Stelebung gegenüberliegen. Der Alles auf Liebe, welche allerdings nicht dem Ziele, sondern mit dem der Wiese einem Mosauer Gutsbesitzer gehört, wurde sogar die Straße etwas verlegt. Jetzt hat der Gutsbesitzer die Pappellasse an einen Holzhändler verkauft und rüchloslos sind die schönen, starken, vielleicht 50 Jahre alten Bäume trotz sofortigen Einspruchs der Bauleitung umgeschlagen worden. — Da haben wir den „Egen“ des Privatbesitzes.

Warnung! Von den Vereinigten Verbänden heimatkreuz Oberklasse wird uns geschrieben: Ein in Leipzig wohnender polnischer Agent namens Jupol verbreitet in den Kreisen der abstimmberechtigten Oberklasse des Freistaates Sachsen in großen Mengen das oberclassische Wochenblatt und die oberclassische Post. Beide Wäppter arbeiten im polnischen Sinne. Ebenso lacht Jupol durch Verbreitung zweisprachig (polnisch-deutsch) gefälschter Fragebogen Stimmen für Polen zu gewinnen. Alle abstimmberechtigten Oberclassier werden gewarnt, sich dadurch in ihrer Gesinnung für Deutschland beeinträchtigen zu lassen.

Die Geschäftsstellen des Ortsamtes für Kriegerversorgung, des Seimatbankes und des Umschleueramtes bleiben am 29. und 30. Dezember wegen Amzugs für den Verkehr mit dem Busstium geschlossen. Die Geschäftsstellen bleiben zwar im Grundstück Nonnenmühlstraße 8, es macht sich aber im Interesse der Kriegerversorgung notwendig, daß die Geschäftsräume des Ortsamtes für Kriegerversorgung und des Seimatbankes in das Erdgeschloß und das erste Obergeschloß verlegt werden.

Zahlung der Militärpensionen. Ebenso wie die Beamtenpensionen dürfen auch die am 1. Januar 1921 fälligen Militärpensionen, Renten und Hinterbliebenengeldern — unter Berücksichtigung aller etwa angeordneten Abzüge — schon jetzt ausbezahlt werden. Die Postanstalten und die Zahlstellen sind mit entsprechender Anweisung versehen worden.

Einbruch beim Invalidentag. In der Nacht vom 23. zum 24. Dezember ist in den Büroraumen des Invalidentages für Sachsen, Universitätsstraße 4, eingebrochen worden. Den Tätern fielen 2 Schreibmaschinen Marke Adler, Nr. 14243 und 95428 in die Hände. Vor ihrem Anlauf wird dringend gewarnt.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. Am 23. Dezember hat in der Pessingstraße 6 und in der Delitzscher Straße 84 je ein Stubenbrand, in der Karl-Heine-Straße 24 ein Kellerbrand stattgefunden. Die Wehr beseitigte jede weitere Gefahr.

Die Geschäftsräume der Zwangsabteilung, Nonnenmühlstraße 8, bleiben am 29. und 30. Dezember d. J. wegen Amzugs geschlossen. Das Geschäftszimmer dieser Abteilung befindet sich zum 31. Dezember ab im Neuen Rathaus, II. Obergeschloß, Zimmer 450.

Wettkamp und Auktionsverkauf. Freibank I: Nr. 12001—12446 (Nr. 1—1500); Freibank II: Nr. 3501—3000.

Lebensmittelkalender für Dienstag, den 28. Dezember.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Lebensmittel: Letzter Tag — abzugeben 20 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q (125 Gramm).

Polizeinrichten.

Ein Millionenwindler festgenommen! Mitte November d. J. hatte ein unbekannter Mann, der sich Albert Grieler nannte, versucht, eine riesige Großbank durch Vorlegung eines gefälschten Akkreditivs um eine hohe Summe zu betrüben, ein Manöver, das er auch bei einer Bank in Dessau, glücklicherweise mit gleichem negativem Erfolge, in Szene gesetzt hatte. Durch die Aufmerksamkeit eines hiesigen Druckereibesetzlers sowie einer Schreibwarenhändlerin gelang es nun vor einigen Tagen, jenes gefährlichen Schwindlers habhaft zu werden. Dieser hatte bei dem Druckereibesitzer Briefbogen mit dem Ausdruck einer schweizerischen Großbank sowie Geschäftskarten mit einem falschen Namen, dem Druckereibesitzer erließ die Sache verdächtig und er benachrichtigte deshalb die Polizei, die den Betrüger in dem Augenblicke festnahm, als er die fertiggestellten Druckarbeiten abholen wollte. In ihm wurde der Kuch Otto Franz Auerwald aus Trebitzheim festgenommen. Den hier und ebenlo in Dessau verühten Bankbetrug gab er unumwunden zu. Im weiteren Verlaufe seiner Vernehmung gab er noch an, ein Brillantkollier im Werte von etwa 250.000 Mark und weiter eine Geldsumme von 100.000 Mark untergebracht zu haben. Er will sich hiesigen und auswärtigen Geldleuten als Vermittler beim Verleihen von Geld und Anwerben nach der Schweiz angeboten haben und ladet auf diese Weise in den Besitz jenes Kolliers und seiner hohen Geldsumme gekommen zu sein. Dabei hat er sich jener hohen Geldsumme angenommen zu sein. Die Erörterungen „Hinterbühne“ oder auch „Ordnung“ genannt. Die Erörterungen hinterbühne sind zurzeit noch im Gange, doch steht bereits fest, daß Auerwald vor kurzem hier tatsächlich ein Brillantkollier von hohem Werte verkauft hat. Dem erwähnten Vermittler-Gewerbe sollten auch jene Briefbogen und Karten, die ihm zum Betrüge wurden und zu seiner Verhaftung Anlaß gaben, dienen. Jedemfalls wird der festgenommene aber nun für längere Zeit keine Gelegenheit mehr haben, die dem dunklen Gewerbe nachzugehen. Personen, die etwa noch dem Inhaftierten geschädigt worden sind, werden gebeten, sich schleunigst bei der Kriminalabteilung zu melden.

Tödtlich verunfallt! Am 21. d. M. nach 12 Uhr mittags ist in der Neuhörsen Dalkiden Straße, L-Hörsen, eine 63 Jahre alte Witfrau durch einen Treibwagen der Linie 10 unglücklich worden. Mit blutenden Kopfverletzungen blieb sie betnimmungslos liegen. Im Krankenhause St. Georg, wohin sie mit einem Kranentransportwagen gebracht worden war, ist die Verunfallte an einem Schindelbrüche einige Stunden später erstorben. Ob jrendes Verschulden vorliegt, wird die sofort eingeleitete Untersuchung erweisen.

Ein gemeingefährlicher Sittlichkeitsverbrecher und Einsteigebild unschuldig gemacht! Vor einigen Tagen ist hier der lebende Bader Alfred Mohr, geb. am 23. Juni 1889 in Königsee (Thüringen), festgenommen worden. Mohr ist dieletine Person, die im Laufe des letzten Vierjahres hauptsächlich im Konzertsaal als sogen. Exhhibitionist auftrat. Der schamlose Patron, vor dem wiederholt an dieser Stelle gewarnt worden ist und auf den die Polizei schon seit längerem fahndete, ludte die Däuer zu verschiedenen Tageszeiten, meistens aber in den Abendstunden auf, erwartete dort aus- und eingehende Frauen und Mädchen und benahm sich diesen gegenüber in fittlicher Beziehung in der gemeinsten Weise. Der festgenommene hatte in der Nähe der oben bezeichneten Genend wieder eine seiner nemeinen Handlungen begangen, dabei aber übersehen, eine seiner nemeinen Handlungen begangen, dabei aber übersehen, daß ein Schutzmann in der Nähe leckte. Anfangs leugerte er hartnäckig durch die Festnahme ein Ziel leckte. Anfangs leugerte er hartnäckig, legte dann aber später unter dem Druck des Beweismaterials ein umfassendes Geständnis ab. Er gibt jetzt an, in mindestens 15 Fällen, über die alle Anzeigen vorliegen, sich unftittlich benommen zu haben. Gleichzeitig konnten bei den Erörterungen durch die Kriminalabteilung dem Beschuldigten nicht weniger als 12 schwere Diebstähle, darunter einige von beihilfeloier Freibeit, die er mittels Einsteigens in Erdgeschloßwohnungen durch öffentlende Fenster ausgeführt hatte, nachgewiesen werden. Bei einer Durchsuchung seiner im Südviertel liegenden Wohnung wurde ein großer Vollen Diebstahl, insbesondere Stoffe, Haaren, Kleiderstücke, Wäde u. dergl. mehr, vorgefunden. Die Eigentümm der beschlagnahmten Sachen sind ausnahmslos ermittelt. Der Wert des durch Mohr gestohlenen beläuft sich mindestens auf über 20.000 Mk. Auch sämtliche Diebstähle gibt der Inhaftierte nunmehr zu.





Jimmie Higgins
Von Upton Sinclair.

43] Jimmie's ganze Welt war zerstückt, war verödet. Er wußte nicht wohin, es war ihm einerlei, was mit ihm geschah. Er stolperte laufend weiter, bis er die Tramstation erreichte, und bestieg mechanisch die erste Tram, die vorüber kam. Es war ein bloßer Zufall, daß sie ihn nach Leosville trug, denn Jimmie hatte jegliches Interesse an dieser Stadt verloren.

Vierzehntes Kapitel.

Jimmie Higgins beabsichtigt sich auf die Wanderung zu begeben.

Jimmie Higgins torstelte die Straße entlang und traf den wilden Bill, der äußerst erkaunt war, seinen Freund betrunken zu sehen. Als er den Grund erfuhr, zeigte er sich plötzlich von einer ganz andern Seite. Wenn man den wilden Bill nach seinen Reden beurteilt, so deutete er ein janzvergiftetes, neidgeressenes Wesen, eine mit Haß, Bosheit und Erbarmungslosigkeit erfüllte Seele.

Bill lautete gebuldig den Wiederholungen, und meinte, da Jimmie einen Augenblick innehielt: „Hör, alter Freund, wir wollen beide die Stadt verlassen.“

„Verlassen?“ fragte Jimmie verständnislos.

„Jedenfalls, wenn ich den Mund öffne, springt mir ein Pollkitt hinein. Leosville ist eine wahre Hölle. Gehen wir fort.“

„Wohin?“

„Jedenfalls, das ist doch einerlei. Der Sommer naht, laß mich auf die Waise.“

Jimmie war einverstanden; weshalb auch nicht? Sie streiften der Waisenswohnung zu, wo Bill lebte, und dieser verpackte seine Habfeligkeiten in ein Bündel. Sie nahmen nicht viel Platz ein, der wertvollste Gegenstand war ein Tagebuch, in dem Bill die Ergebnisse verzeichnet hatte, die ihm als Führer eines Heeres von Arbeitlosen auf dem Marsch von Kalifornien nach Washington vor vier Jahren zugefallen waren.

„Gute Nacht“, sagte er, und schied, um das Herz der Hausfrau zu zehren. Als die Nacht hereinbrach, kletterten sie unbemerkt in einen nach Süden strebenden Frachtwagen. So kehrte Jimmie Higgins auf die Landstraße zurück, wo er einen großen Teil seiner Jugend verbracht hatte.

Seute freilich bestand ein Unterschied; er war nicht mehr das blinde, hilflose Opfer eines falschen ökonomischen Systems, sondern ein klugenbewußter Revolutionär, in einer grausamen Schule herangekommen. Das Land führt Krieg, und Jimmie wird Krieg gegen das Land führen. Die beiden Agitatoren verließen den Zug in einem kleinen Bergwerksdorf, fanden Arbeit „über der Erde“ und begannen, den Arbeitern in dem verlassenen Gesellschaftsmeislerhaus ihr Evangelium zu predigen. Als sie erwacht wurden, schafften sie sich abermals in einen Frachtwagen und ergaben sich andersons ihrer Aufklärungsarbeit.

Die Grubengesellschaften waren viel zu wachsen, als daß es zu einem Streik hätte kommen können; doch klüfferte der wilde Bill den jungen Arbeitern zu, er kenne ein weit wirksameres Mittel, wolle sie die Kunst lehren, „bei der Arbeit zu streiken“. Dies behagte den verärgerten Leuten, da es ihnen die Möglichkeit gab, den Herren heimzujagen, ohne ihres Lohnes verlustig zu gehen. Bill hatte Bücher gelesen, in denen alle „Sabotagearten“ erläutert und erklärt waren, er kannte alle Tricks, die den Unternehmern das Blut gerinnen lassen. Arbeitete man in einer Maschinenfabrik, so galt es Schmirgel in die Lager zu streuen, auf einer Farm mußte man Kupfernägeln in die Obstbäume treiben, was sie zum Verdorren brachte, verpackte man Äpfel, so genügte es, einen einzigen Apfel mit dem Fingerringel aufzuritzen, damit die ganze Pflanze verkümmere, in einer Sägemühle trieb man einen hervorstechenden Bolzen in einen Stamm, als Reibner im Restaurant servierte man alle Portionen doppelt, um dem Besucher zu schaden, spuckte aber auch in alle Speisen, damit der Kunde nichts profitiere. All diese Dinge tat man voll exaltierter Begeisterung, in einer fanatischen Rätzlerstimmung; weil ein auf Schürerei und Unterdrückung begründetes System in der Seele wilden Haß geschürt hat, und die Flamme aufzobern.

(Fortsetzung folgt.)

Der Seismograph.

Alle Erdbebenwarten Mitteleuropas, — und wahrscheinlich auch die Warten in andern Weltteilen — haben am Donnerstag, dem 16. Dezember, nachmittags 1 Uhr 15 Minuten 16 Sekunden mitteleuropäischer Zeit den Beginn eines katastrophalen Erdbebens registriert. Wie inzwischen gemeldet worden ist, handelt es sich um ein schweres Beben in Ostosien, in der chinesischen Provinz Kanju und in Japan, das der Seismograph anzeigt.

Was ist nun ein Seismograph, und worin besteht seine Funktion? Er ist ein verhältnismäßig recht einfacher Apparat und dient lediglich der Beobachtung und Aufzeichnung von Erdbeben. Zu diesem Zweck gibt es zahlreiche Beobachtungsstationen, die über die ganze Erde zerstreut sind. Auch Deutschland besitzt eine ganze Anzahl solcher Stationen, so vor allem die Zentralstation für Erdbebenforschung in Jena, die im Jahre 1900 in Straßburg begründet und nach dem Verlust Esch-Lothringen: in die thüringische Universitätsstadt verlegt worden ist. Weitere Stationen gibt es im Geodätischen Institut zu Potsdam, in Hamburg, in Jugenheim an der Bergstraße usw. Die Instrumente, mittels deren auf diesen Stationen die Erdbeben aufgezeichnet werden, oder, besser ausgedrückt, sich selbst aufzeichnen, nennt man Seismographen oder Erdbebenmesser. Handelt es sich nur darum, überhaupt festzustellen, daß irgendwo ein Erdbeben war und die Richtung und Stärke der Stöße ungefähr zu erkennen, so benutzt man Instrumente, die keine schriftlichen Aufzeichnungen hinterlassen, die sogenannten Seismometer, deren Konstruktion außerordentlich einfach ist. Sie bestehen aus einem kleinen Glas- oder Tongefäß, das oben eine runde Vertiefung hat. Diese wird mit dem leichtbeweglichen Quecksilber gefüllt. Rund herum um diese Vertiefung befinden sich sechs kleine Kerne. Findet nun ein Erdstöß statt, so wird das außerordentlich leichtbewegliche Quecksilber aus der größeren Vertiefung herausgeschleudert und veranlaßt die geringe Neigung, die das Gefäß durch den Stoß erhält, herauszufliegen. Es fliegt in eines der rund herum befindlichen Kerne, und aus der Richtung, aus der es gestossen ist, sowie aus der Menge, die der Stoß herausgeschleudert hat, lassen sich Rückschlüsse auf Richtung und Stärke des Bebens ziehen.

Diese so außerordentlich einfachen Seismometer dienen natürlich nur zur oberflächlichsten Orientierung und können höheren Ansprüchen an wissenschaftlicher Genauigkeit nicht genügen. Darum sind alle Stationen noch mit weit empfindlicheren und besseren Instrumenten ausgestattet, die den Verlauf jeder Erderschütterung von selbst aufzeichnen. Diese Instrumente, die Seismographen, sind weiter nichts als Horizontalpendel, also Pendel, die nicht wie das Uhrpendel in senkrechter Ebene schwingen, sondern in waagrecht. Jede Tür, die an zwei Punkten fest aufgehängt und im übrigen horizontal frei beweglich ist, bildet ein Beispiel für ein solches Horizontalpendel. Natürlich sind die Seismographen aufs feinste ausgearbeitet, und man hat für sie verschiedene Konstruktionen, von denen die empfindlichsten sich nur auf den Stationen erster Ordnung befinden, während die Stationen zweiter Ordnung mit einfacheren Apparaten, wenn auch von gleichem Prinzip, ausgestattet sind.

Die Konstruktion der Seismographen ist folgende: an einer schweren gußeisernen Säule oder an einer Mauer wird, ähnlich wie eine Tür in ihren Angeln, ein horizontaler Stab so befestigt, daß er in der horizontalen Ebene vollkommen frei zu schwingen vermag. An seinem vorderen Ende befindet sich ein schweres Bleigewicht, das von zwei Drähten so gehalten wird, daß es nicht nach unten sinken kann. Findet nun eine Erdererschütterung statt, so pflanzt sie sich vom Erdboden durch die Säule oder Mauer hindurch auf den Apparat fort. Da der Stab und das Gewicht ganz außerordentlich fein aufgehängt sind — sie balanzieren in abwechselnder Weise wie der Balken einer ganz jubel gezeichneten wissenschaftlichen Waage auf stählernen Schnecken oder gar nur auf Stahlspitzen — so geraten sie durch die geringste Erschütterung in Schwingungen. Infolge der Länge des Stabes sind die horizontalen Pendelbewegungen, die das Bleigewicht schon bei geringen Bewegungen macht, ziemlich beträchtlich, und es handelt sich nun darum, sie aufzuzeichnen. Zu diesem Zweck ruht auf dem Bleigewicht eine Schreibvorrichtung, die, damit sie möglichst leicht ist und die Bewegungen des Gewichtes nicht beeinflusst, aus einem Strohhalm mit Aluminiumspitze besteht. Die Schreibvorrichtung ist so eingerichtet, daß sie ein Hebelssystem bildet, welches die geringsten Schwingungen des Stabes in ganz vergrößertem Maßstab auf einer mit beruhtem Papier bespannten und durch ein Uhrwerk in ständiger Umdrehung erhaltenen Trommel aufzeichnet. Der Aluminiumstift gräbt in diesen Fuß die Schwankungen der Bleifügel und damit der Erde ein. Von dem beruhten Papier lassen sich genau Stunde, Minute und Sekunde des registrierten Erdbebens ablesen, da die Trommelumdrehung ganz genau mit der Zeiteinteilung übereinstimmt. Um auch diejenigen Erdbeben aufzeichnen zu können, deren Stöße in der Richtung des Stabes verlaufen, stellt man auf den Erdbebenwarten immer mindestens zwei Apparate auf, und zwar so, daß ihre Stäbe rechtwinklig zueinander stehen. Der Stoß kann dann kommen, von welcher Seite er will, immer wird wenigstens ein Apparat in Schwingungen versetzt, und daraus läßt sich dann auch ein Rückschluß auf die Richtung des Stoßes ziehen.

Kleine Chronik.

Schauspielhaus (Lumpacivagabundus). Neutron steht uns nicht nur zeitlich fern. Der 1801 in Wien Geborene ist kein literarischer Stürmer und Dränger seiner Zeit, des Vormärz. Er spricht auf dem Boden des Wiener Kleinbürgeriums, dessen Schwächen und Stärken er sehr wohl kennt, die er aber literarisch nicht zu überwinden vermag. Seine 1833 zum erstenmal aufgeführte Zauberposse Lumpacivagabundus zeigt dies nur allzu deutlich. Dessen Satire ist nicht gesellschaftskritisch und sie weiß aus dem juppigen Untergrund der Gesellschaft keinen andern Weg als den moralischen Appell und — wo dieser versagt — die Einwirkung einer höheren Liebe.

Lumpacivagabundus ist der böse Geist, der die Menschen auf Abwege führt, eine Art Mephistopheles, der auch, wie dieser, aus der Verkennung aufsteigt, um zwar nicht mit Gott-Vater, wohl aber mit dem Fechtkönig um Menschenseelen zu streiten. Fortuna, die Beherrscherin des Glücks, will die ihm Versaklenen retten durch die Gaben ihres Füllhorns, die sie weise anwenden sollen. Lumpacivagabundus aber kennt die Wirkung solch unvermuteten Glücks besser und läßt der Fortuna. Amorosa dagegen, die Beschützerin der wahren Liebe, sei ihm gefährlich. Beide Feen sollen nun ihre Wirksamkeit an drei Menschenkindern erproben, an drei Handwerksburschen verschiedener Charakters. Tüchtler Leim, Schneider Zwirn und Schuster Knievier treffen sich auf der Wanderschaft und ertönen aus der Herberge durch Fortuna's Einwirkung gleichzeitig eine Glücksnummer, und sie ziehen das große Los. Leim wandert heimwärts, um schließlich zu ehelichen und so ein braver Bürger zu werden. Den Schneider rettet der Hafer; er macht ein großes Haus und geht kraden. Der Schuster aber legt seinen Teil durch die Rehle. Damit hat aber Fortuna verloren, denn mindestens zwei von den drei Menschenkindern sollte sie dem Lumpacivagabundus durch ihre Glücksspende enteufen. Da aber bitte! Amorosa für die in den Abgrund Ver-

bannten, die sie dann durch die Gewalt ihrer Liebe zu ebensolchen braven Bürgern und Ehemännern macht, wie der Leim einer ist.

Die Durchführung dieser kleinstädtischen Idee ist bildnerisch sehr wirkungsvoll. Der Schauspieler und Theaterdirektor Johann Neutron wußte, wie er seine Leute zu packen hatte. Doch hängt der Erfolg des Stückes in der Gegenwart in hohem Maße von der Qualität der Bühne ab, die den Lumpacivagabundus ausführt. Nur mit wirklich guten Kräften, die dem Stück ein ganz eigenes Leben einhauchen, kann uns der alte Neutron geniesbar werden. Das hat das Schauspielhaus in vorzüglichster Weise verstanden. Die Aufführung war eine schöne Leistung, und es wäre schier unbillig, einzelne Darsteller besonders hervorzuheben, denn alle Mitwirkende gaben ihr Bestes. Wenn trotzdem die Darsteller der drei Handwerksburschen (Otto Stoedel als Leim, Bernhard Wildenhain als Zwirn, G. A. Koch als Knievier) genannt werden, so deshalb, weil es sich hier um Leistungen handelt, die auch noch aus der vorzüglichen Gesamtleistung herausstrahlen. Einen solchen Schneider Zwirn und vor allem auch einen solchen Schuster Knievier dürften andre nicht gleich wieder auf die Bühne stellen. — Otto Werthers Regiekunst aber zeigte sich in bestem Lichte.

Arbeiter-Bildungsinstitut (Die schöne Helena). Offenbach's schöne Helena rangiert in der Literatur als burleske Operette. Das erscheint aber nicht, aus der Operette eine Burleske zu machen. Der Stoff verträgt eine feinere Umgestaltung, durch die die Aufführung nur gewinnen könnte. Ist das Durchschnittsoperetten-Publikum auch auf größere Effekte eingestellt, ein Arbeiterpublikum muß auf dies und jenes stärkere Mittel verzichten. Werden schon Operetten vor organisierten Arbeitern gegeben, so sollen sie von einer Auffassung getragen sein, die an das Publikum höhere Ansprüche stellt.

Neues Theater (Der fliegende Holländer). Eine neue und ausgezeichnete Genta, die sich am Sonntag vorstellte, Pläne Martin. Innerlichkeit und Wärme nordländisch temperiert, die Stimme trotz angezeigter Intubation vorzüglich, in der Handlung schöne Abklärtheit — der Holländer kann sich zu dieser Genta beglückwünschen.

Zoologischer Garten. Am Mittwoch findet abends 8 Uhr im großen Saal das 12. Sinfoniekonzert des Philharmonischen Orchesters statt. Leitung: Kapellmeister Hans Thiermer. Solist: E. Knorr (Hör). Programm: F. Haydn, Sinfonie Nr. 6 (C-Dur), J. S. Bach, R-Moll-Suite für Flöte mit Orchester, und G. Händel, Concerto grosso (C-Dur).

Die Elektrizität der Regentropfen und Schneeflocken. Die Frage nach der Art der Elektrizität der Niederschläge war bisher noch immer nicht ganz geklärt, weil noch keine eingehenden Untersuchungen und Messungen der einzelnen Regentropfen und Schneeflocken vorliegen. Dem Jahrbuch der Radiophysik und Elektrizität zufolge hat nun G. W. Schwenck in jüngster Zeit derartige Messungen vorgenommen, wobei er zunächst zu dem beachtenswerten Ergebnis gelangte, daß eine Beziehung zwischen der Größe der Tropfen und Flocken und ihrer elektrischen Ladung im allgemeinen nicht festgestellt werden kann, wenn auch große Niederschlagsteilchen häufig größere Ladungen aufweisen. Was die Regentropfen betrifft, so sind bei ruhigem Landregen die kleinsten Tropfen positiv geladen, während die großen negativ elektrisch sind. Die Spannung schwankt bei den einzelnen Tropfen zwischen 0,5 und 10 Volt. Regentropfen, die während eines Gewitters oder bei böigem Wetter fallen, sind in der Regel stärker und zwar hauptsächlich negativ geladen, bei einer Spannung von 0,5 bis 100 Volt, wie denn überhaupt die Ladungen und Spannungen bei Gewitterregen um 10 bis 30 mal größer sind, als bei dem Niederfalligen des ruhigen Landregens.

Beim Schnee machte der Forscher die Beobachtung, daß die Flocken durchschnittlich mehr positiv geladen sind. Bei ruhigen Schneefällen zeigt sich, daß die größeren Flocken positiv, die kleineren dagegen mehr negativ elektrisch sind. Auch beim Schnee konnte festgestellt werden, daß die bei böigem Wetter fallenden Flocken stärkere elektrische Ladungen aufweisen, als die bei windstillen Witterung herabsinkenden Flocken.

Eingelaufene Schriften.

Reiche Anregung bietet die Doppelseite der Sozialistischen Gemeinde, Nr. 24/24. Inhalt: Das Kommunalisierungsgesetz. — Eine dringliche Reform. — Berufsausbildung von Körperlich und geistig anormalen Kindern. — Das Verbrechen und seine Ursachen. — Landesgesetzliche Regelung des Schulartzwesens. — Die eigene Regie. — Städtische Beschäftigungsstellen. Kommunalisierung des Schuhmachergewerbes. — Kommunale Gartenbaupolitik. — Bayerischer Städtetag. — Kleine Nachrichten. — Aus den Gemeinden. — Aus den Parlamenten. — Literatur bilden den Schluß der reichhaltigen Ausgabe. — Preis der Einzelnummer 50 Pfg. — Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteiluchhandlungen.

Stefan Zweig, Romain Rolland, der Mann und das Werk. Literarische Anstalt Rütten u. Brening, Frankfurt a. M. Preis 27 Mk., geb. 35 Mk.

Robert Henjeling, Sternblicklein für das Jahr 1921. Franzische Verlagsanstalt, Stuttgart. Preis 6.20 Mk.

Eugen Dieffen, Materialismus oder Idealismus? Ein Lösungsversuch gemäß Joseph Dieggens Erkenntnistheorie. Verlag von J. H. W. Dieß, Stuttgart. Preis 5 Mk.

Der Verkehrsbote. Vollständiger Kalender für das gesamte deutsche Verkehrspersonal 1921. Braunschweig Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe. Preis 3 Mk.

Kosmos, Handwörter für Naturfreunde. Heft 12. Franzische Verlagshandlung, Stuttgart. Preis des Heftes 2 Mk.

Karl Wagemut, Was ich im Elternhause der Kaiserin Zita von Oesterreich erlebte. Buchstücke aus dem Leben eines ehemaligen katholischen Hofgesellschaften. Verlag von Alexander Köhler, Dresden-N. Preis 13 Mk.

Die Verfassung des Freistaates Preußen. Nach amtlichen Quellen. Verlag Volkstimme, Hagen i. W. Preis 2 Mk.

R. Ludwig, Preußen. Wahlgesetz zum Landtag. Provinzialwahlgesetz. Kreiswahlgesetz. Verlag Volkstimme, Hagen i. W. Preis 2.50 Mk.

Max Bod, Die Beherrschung der Rede. Ratschläge zur Aneignung der Redekunst für Agitatoren und Funktionäre sozialistischer Organisationen. Verlag der Tribüne, Mannheim. Preis 2 Mk.

H. Cole und M. Mellor, Gildensozialismus. Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen. Rheinland-Verlag, Köln. Preis 6 Mk.

Beitrag zur Kultur. Nr. 51: Karl Sternheim, Napoleon. Verlag Weltliteratur, Berlin SW. 48. Preis 80 Pfg. Heinj. Jenner, Die rote Armee, 6. Heft der Sammlung von Quellen zum Studium des Bolschewismus. Verlag der Kulturliga, Berlin W. 35. Preis 7 Mk.